ISSN 1022 – 2448

Genossenschaft Zeit-Fragen
Redaktion und Verlag
Postfach 247, CH-9602 Bazenheid
Telefon: +41 44 350 65 50
Telefax: +41 44 350 65 51
redaktion@zeit-fragen.ch;
abo@zeit-fragen.ch; www.zeit-fragen.ch

ZKZ 59600 PVSt, Deutsche Post

Zeit-Fragen

19. April 2022
30. Jahrgang
Nr. 9

AZA
9602 Bazenheid
POST CH AG

Zeitung für freie Meinungsbildung, Ethik und Verantwortung
für die Bekräftigung und Einhaltung des Völkerrechts, der Menschenrechte und des Humanitären Völkerrechts

Unsere Blase der Täuschung und Selbsttäuschung

von Patrick Lawrence

(Bild zvg)

Patrick Lawrence, langjähriger Auslandskorrespondent, vor allem für die «International Herald Tribune», ist Kolumnist, Essayist, Autor und Dozent. Sein jüngstes Buch ist «Time No Longer: Amerikaner nach dem amerikanischen Jahrhundert». Auf Twitter findet man ihn bei *@thefloutist*. Seine Webseite lautet *Patrick Lawrence*.

Das Fehlen einer objektiven, prinzipientreuen Berichterstattung über den Krieg in der Ukraine ist ein verkommener Zustand. Das einzige, was noch schlimmer ist, ist das Ausmass, in dem dies für die meisten Amerikaner völlig in Ordnung ist.

Es ist inzwischen für jeden, der genau hinschaut, völlig offensichtlich, dass die Mainstream-Medien in Amerika und der anderen westlichen Mächte nicht korrekt über die Ukraine-Krise berichten.

Lassen Sie es mich anders formulieren: Die von der Regierung kontrollierte «New York Times» und die übrigen konzerneigenen Medien auf beiden Seiten des Atlantiks belügen ihre Leser und Zuschauer routinemässig in bezug auf die Gründe für die russische Intervention in der Ukraine, den Verlauf der Militäroperation, das Verhalten der ukrainischen Streitkräfte und die Rolle Amerikas bei der absichtlichen Provokation und Verlängerung der Krise.

Soweit ich weiss, ist dies der erste Krieg in der modernen Geschichte, über den in den Mainstream-Medien keine sachliche, prinzipientreue Berichterstattung über die täglichen Ereignisse und ihre Zusammenhänge stattfindet. *Keine*. Es handelt sich um Propaganda von morgens bis abends, Desinformation und Lügen durch Weglassen – das meiste davon wurde vom naziverseuchten *Selenski*-Regime in Kiew erfunden und unkritisch als Tatsache wiedergegeben.

Es gibt nur eines, was noch schlimmer ist als dieser verkommene Stand der Dinge. Es ist das Ausmass, in dem das Fehlverhalten der Medien für die meisten Amerikaner völlig in Ordnung ist. Sagt uns, was wir denken und glauben sollen, egal, ob es wahr ist, und wir werden es denken und glauben. Zeigt uns ein paar Bilder, denn Bilder sind alles.

Hier gibt es umfassendere Implikationen zu bedenken. So wichtig es auch ist, dass wir diesen Konflikt verstehen, die Ukraine ist ein Spiegel, in dem wir uns so sehen, wie wir geworden sind. Für mehr Amerikaner, als mir lieb ist, bildet sich die Realität nur in Bildern ab. Diese Amerikaner sind nicht mehr im Besitz ihres eigenen Lebens. Sie riskieren ein Paradoxon: Was sie für die Realität halten, ist von der Realität losgelöst.

Diese Mehrheit – und es ist mit ziemlicher Sicherheit eine Mehrheit – hat keine weiteren Gedanken oder Ansichten als die, die zuerst durch die Maschinerie der produzierten Bilder und «Fakten» verifiziert werden. Die Fernsehbildschirme, die Seiten der angeblich so seriösen Zeitungen, die Radiowellen der staatlich finanzierten Radiosender – NPR, BBC – dienen dazu, Realitäten zu bestätigen, die nicht real sein müssen, Wahrheiten, die nicht wahr sein müssen.

Damit befinden wir uns in einer traurigen und sehr prekären Lage.

Traurig: Gibt es einen bedauernswerteren Zustand, als keine echte Verbindung zu den eigenen Gedanken, Wahrnehmungen, Erfahrungen – insgesamt zum eigenen Leben – zu haben? Wenn die Amerikaner hinter all dem Lächeln, das wir in der Werbung, in idiotischen Comedy-Shows und auf *Facebook* sehen, nicht ein zutiefst trauriges Volk sind, dann muss ich etwas übersehen haben.

Prekär: Im Laufe einiger Jahrzehnte – ich würde sagen, seit der Mitte des Kalten Krieges – sind die Amerikaner in hohem Masse anfällig für die Manipulationen derjenigen geworden, die die Bilder kontrollieren, mit denen die meisten Menschen leben. Jeder, der eine Geschichte des 20. Jahrhunderts gelesen hat, weiss, wohin das führen kann.

Die fünf Wochen, die seit der russischen Intervention am 24. Februar vergangen sind, waren in beiderlei Hinsicht schockierend. Die Entgleisungen der Presse und des Rundfunks sind ohne Beispiel in meinem Leben, und mit Vietnam, dem Irak-Krieg und der verdeckten Operation in Syrien unter den Trümmern im Hinterkopf will das schon etwas heissen.

Ich werde die Begeisterung der amerikanischen Öffentlichkeit für den ukrainischen Scherbenhaufen, das *Asow*-Bataillon und das lächerliche Getue von Präsident *Wolodimir Selenski*, dem Komiker, der nicht mehr lustig ist, für sich selbst sprechen lassen.

«Fragwürdige Richtigkeit»

Zehn Tage nach der russischen Intervention war die Propaganda aus Kiew bereits so absurd, dass sich die «New York Times» gezwungen sah, einen Artikel mit der Überschrift «Der Informationskrieg in der Ukraine: eine Mischung aus Fakten und Fiktion» («In Ukraine's Information War, a Blend of Fact and Fiction») zu veröffentlichen. Dies war eine lapidare Entschuldigung für die vielen «Geschichten von fragwürdigem Wahrheitsgehalt», wie die «Times» es ausdrückte, die damals im Umlauf waren. Ich liebe die «Times» für ihre delikaten Formulierungen, wenn es darum geht, heikle Dinge zu beschreiben.

Da war die «Phantom von Kiew»-Geschichte über einen heldenhaften Kampfpiloten, der, wie sich herausstellte, aus einem Videospiel stammte. Da waren die Helden von Snake Island, 13 ukrainische Soldaten, die auf einem kleinen Fleck im Schwarzen Meer bis zum Tod ausharrten, nur dass sie sich dann doch ergaben, nicht bevor Selenski ihnen posthum Ehrenmedaillen verlieh, die nicht posthum waren.

Nachdem die «Times» jahrelang gegen Desinformation gewettert hat, will sie uns nun weismachen, dass Desinformation in der Ukraine in Ordnung ist, weil die Ukrainer auf unserer Seite stehen und sie lediglich «die Moral stärken».

Wir können nicht sagen, wir seien nicht gewarnt worden. Das Phantom von Kiew und die Schlangeninsel erweisen sich jetzt als blosses Vorspiel, als Auftakt zu einer der umfangreichsten Propagandaoperationen, an die ich mich erinnern kann.

Da war die Entbindungsstation in Mariupol, die die Russen angeblich bombardiert haben. Und dann das Theater, und dann die Kunstschule. Allesamt gefüllt mit kauernden Bürgern, die die russische Luftwaffe zynisch ins Visier nahm, denn «das ist Völkermord», wie der stets jähzornige Selenski ohne Zögern zu behaupten pflegt.

All dies wurde in der «Times» und anderen grossen Tageszeitungen und natürlich von den grossen Fernsehsendern als Tatsache dargestellt. Es wurden Bilder gezeigt. Es gab Videos, die allesamt sehr überzeugend wirkten.

Und dann, als sich die Beweise häufen, dass diese Vorfälle als Propaganda inszeniert wurden, um den Russen etwas anzuhängen und die Nato-Truppen direkt in den Krieg hineinzuziehen, kehrt eine Stille ein, die einer katholischen Kapelle würdig ist. Wir lesen nichts mehr über die Entbindungsstation, die sich als improvisierter Asow-Stützpunkt entpuppte, oder das Theater, in dem die Bürger zusammengetrieben, in zerlumpten Decken fotografiert und weggeschickt wurden. Dasselbe gilt für die Kunstschule: Nichts mehr darüber, seit die ersten Berichte in sich zusammenfielen. Keine Leichenzählung, keine Erwähnung der Tatsache, dass russische Jets Mariupol an den fraglichen Tagen gar nicht überflogen haben.

Bevor ich zu Butscha, dem aktuellen Skandal, komme, muss ich ein Zitat aus dem Propaganda-ist-okay-Beitrag wiedergeben, den die «Times» in ihrer Ausgabe vom 3. März veröffentlichte. Es stammt von einem *Twitter*-Nutzer, der sich darüber aufregte, dass bekannt wurde, dass sich das Phantom von Kiew als Phantom entpuppte und die Helden von Snake Island nicht viel getan haben, um die Stellung zu halten.

«Warum können wir die Leute nicht einfach an bestimmte Dinge glauben lassen?», wollte dieser nachdenkliche Mann oder diese Frau wissen. Was ist falsch daran, wenn man schöne Dinge denkt und glaubt, die nicht wahr sind, damit man sich besser fühlt?

America the beautiful oder so ähnlich.

Butscha ist ein Vorort mit 35 000 Einwohnern einige Kilometer nördlich von Kiew und eine der Städte, mit deren Räumung die russischen Streitkräfte am 29. März begannen, als die Friedensgespräche in Istanbul voranschritten. Zwei Tage später feierte der Bürgermeister, *Anatoli Fedoruk*, die Befreiung der Stadt in einer Selfie-Rede an seine Bürger. Er erwähnte nichts Ungewöhnliches in den Strassen, Hinterhöfen oder öffentlichen Räumen von Butscha.

Vier Tage später, am 2. April, rückte eine Spezialeinheit der ukrainischen Nationalpolizei nach Butscha aus. Und plötzlich entpuppt sich der Ort als Höllenloch: Leichen auf den Strassen – laut Generalstaatsanwaltschaft in Kiew 410 –, Beweise für Greueltaten in Hülle und Fülle, Menschen gefesselt und aus nächster Nähe erschossen. Kurz gesagt, das ganze Programm.

Sofortige Empörung

Die Empörung aus Washington, London und Paris – «weltweite Empörung» würde man sagen – war sofort da. Es gab keine Forderung nach einer unparteiischen Untersuchung, forensischen Inspektionen oder Ähnlichem. Niemand fragte, warum die Leichen, die fünf Tage lang auf der Strasse lagen, frisch zu sein schienen, oder warum die Angehörigen der Toten sie dort liegen liessen, bis die Kiewer Kommandoeinheit eintraf.

António Guterres, der Generalsekretär der Vereinten Nationen, war besonnen genug, um zu erklären: «Es ist wichtig, dass eine unabhängige Untersuchung zu einer wirksamen Rechenschaftspflicht führt.» Das ist zum jetzigen Zeitpunkt der einzig vernünftige Standpunkt. Aber wir wissen aus einer langen Geschichte, wie weit die Generalsekretäre der Vereinten Nationen mit dieser Art von Rede kommen.

Meiner Meinung nach ist dies nur eine weitere der vielen Falschmeldungen, die das Kiewer Regime nun fast täglich auffährt. Aufmerksamen Beobachtern wird die frappierende Ähnlichkeit zwischen diesen Vorfällen und den zahlreichen Täuschungsmanövern im Rahmen der verdeckten Operation Washingtons in Syrien und der Kampagne der berühmten «gemässigten Rebellen», die die USA unbedingt in den Konflikt hineinziehen wollten, nicht entgehen.

Grundsätzlich müssen wir auf Beweise für die Geschehnisse in Butscha warten, auch wenn wir wissen, dass wir wahrscheinlich genauso viel über die Ereignisse dort erfahren werden wie über die in Mariupol. Wir wissen auch, dass für die meisten Menschen weder Beweise noch deren Fehlen eine Rolle spielen.

Man hat uns wieder einmal gesagt, was wir denken und glauben sollen, und die meisten von uns werden es denken und glauben.

Wir müssen dies zu den verschiedenen anderen «Wahrheiten» hinzufügen, die inzwischen fast allgemein akzeptiert werden: Die russische Intervention hatte nichts mit der Nato-Erweiterung zu tun und war «unprovoziert» – ein beliebter Begriff im *Biden*-Regime. Die ukrainischen Streitkräfte haben die Russen zum Rückzug gezwungen: nicht, dass der Druck auf Kiew ein russisches Ablenkungsmanöver war, um die ukrainischen Streitkräfte vom Donbass fernzuhalten, wo die Kämpfe stattfinden.

Nach der Veröffentlichung der *Pentagon Papers* im Jahr 1971 veröffentlichte *Hannah Arendt* in der *New York Review of Books* einen Essay mit dem Titel «Lying in Politics». Darin schrieb sie über Amerikas Abgleiten in eine Art kollektive Psychose, die sie als «Defaktualisierung» bezeichnete. Fakten sind zerbrechlich, schrieb Arendt, da sie für sich genommen keine Geschichte erzählen. Sie können so zusammengesetzt werden, dass sie das bedeuten, was man will. Das macht sie anfällig für die Manipulationen von Geschichtenerzählern.

«Die bewusste Lüge befasst sich mit bedingten Tatsachen», erklärt Arendt in diesem bemerkenswerten Werk, «das heisst, mit Dingen, die keine eigentliche Wahrheit in sich tragen, keine Notwendigkeit, so zu sein, wie sie sind; Tatsachenwahrheiten sind niemals zwingend wahr.»

Einer Leiche in einer ukrainischen Strasse kann also eine Bedeutung zugewiesen werden, die, wenn sie erst einmal feststeht, auch durch gegenteilige Beweise nicht mehr gelöscht werden kann.

Es ist ein halbes Jahrhundert her, dass Arendt «Lügen in der Politik» veröffentlichte. Und auf diese Zeit, die 1960er und 1970er Jahre, müssen wir die Entstehung dessen zurückführen, was heute als Amerikas grosse Blase der Täuschung gilt. Die Welt, wie sie ist, hat seit Arendts Zeit immer weniger Bedeutung, die Welt, wie wir sie uns gewünscht haben, hat immer mehr Bedeutung.

Neun Jahre bevor Arendt ihr Werk in der NYRB veröffentlichte, brachte *Daniel Boorstin* das Buch «The Image: Or, What happened to the American Dream», ein zu Unrecht vernachlässigtes Werk. «Ich beschreibe die Welt, die wir geschaffen haben», schrieb er, «wie wir unseren Reichtum, unsere Bildung, unsere Technologie und unseren Fortschritt dazu benutzt haben, das Dickicht der

Fortsetzung auf Seite 2

Zauberlehrlinge

Das Nato-EU-Kriegsbündnis ist dabei, die Zukunft Europas zu verspielen

von Karl-Jürgen Müller

Das Nato-EU-Bündnis betreibt eine Politik der Kriegseskalation. Dem dient auch die Propaganda mit ihren krassen Vorwürfen gegen die russische Kriegsführung. So wird die «Feindschaft» gegen Russland vertieft und ein noch grösserer Krieg riskiert. Diese Hasspropaganda trägt zur Brutalisierung des Krieges bei. Letztlich zerrüttet sie auch das Zusammenleben in unseren Gesellschaften. «Geister» werden wachgerufen, die das Nato-EU-Bündnis nicht mehr unter Kontrolle haben wird.

Jeder Krieg ist mit menschlichen Opfern, menschlichem Leid und mit enormen Zerstörungen verbunden. Jeder Tag, den ein Krieg früher endet, ist ein Gewinn für die Menschheit. Ideal wäre eine Welt ohne Krieg. Das alles muss heute niemand mehr erläutern. Dennoch ist nicht jede Kriegsführung gleich. Um zwei Extrembeispiele zu nennen: Der Schweizer *Sonderbundskrieg* 1847, ein Jahr vor der Gründung des Schweizer Bundesstaates, war ein anderer Krieg als der Vernichtungskrieg des nationalsozialistischen Deutschlands gegen die Sowjetunion (1941–1945) – und das nicht nur wegen der unterschiedlichen Dauer beider Kriege. Während der erstgenannte Krieg bewusst *nicht* darauf abzielte, den «Feind» zu erniedrigen, ihm möglichst viele Opfer beizubringen oder sogar insgesamt zu «vernichten» und das Land des «Feindes» in einem «totalen Krieg» zu zerstören, tat genau dies der andere Krieg.

Das Humanitäre Völkerrecht

Besonders die Schweiz und das *Internationale Komitee vom Roten Kreuz* (IKRK) haben sich seit der Mitte des 19. Jahrhunderts dafür eingesetzt, ein «Recht im Krieg» (*ius in bello*) zu schaffen. 1867 wurde von zwölf-Staaten in Genf die erste Genfer Konvention «betreffend die Linderung des Loses der im Felddienst verwundeten Militärpersonen» angenommen. Dem folgten bis 1949 drei weitere Abkommen (*Genfer Konventionen*) und in den Jahrzehnten danach verschiedene Zusatzprotokolle. Alle Vereinbarungen und Verträge bilden gemeinsam das heutige *Humanitäre Völkerrecht*. Sein Ziel ist es, die nicht direkt an den Kampfhandlungen Beteiligten – insbesondere Verwundete, Gefangene und Zivilpersonen –, Kulturgüter und die zivile Infrastruktur im Krieg zu schützen.

Realität ist leider, dass in keinem Krieg, auch in keinem Krieg nach 1949, das *Humanitäre Völkerrecht* vollumfänglich eingehalten wurde. Warum ist das so?

Verschiedene Kriegsstrategien …

Ein Grund dafür sind die jeweiligen Militärstrategien. So zielt die Militärstrategie der USA bewusst darauf ab, schon gleich zu Beginn eines Krieges die zivile Infrastruktur des «Feindes» zu zerstören. Zivile Opfer werden nicht nur in Kauf genommen, sondern angestrebt. Nach allem, was bekannt ist und was in offiziellen Dokumenten Russlands – auch zum jetzigen Krieg – zu lesen ist, ist dies für die russische Kriegsführung anders. Zugängliche russische Briefings betonen bei jedem Bericht die Achtung vor dem *Humanitären Völkerrecht* und geben viele Hinweise darauf, wie die russischen Truppen versuchen, dies auch zu gewährleisten. Dies kann derzeit nicht seriös überprüft werden. Aber auch unabhängige Experten wie der Schweizer *Jaques Baud* kommen zum Ergebnis, dass «die russische Armee versucht […], die Verluste unter der Zivilbevölkerung so gering wie möglich zu halten».[1]

… und Hasspropaganda

Ein weiterer Grund ist die Art und Weise, wie die Kriegsführung von den Politikern, von den Befehlsstellen und von den Medien der kriegsführenden Parteien emotional aufgeladen wird. Es gibt keine Kriegsführung ohne Emotionen und «Feindbild». Aber die Zielrichtung der Emotionen und der Feindbilder kann sehr unterschiedlich sein. Eine Kriegsführung, die auf Hass und Verachtung für den «Feind» aufbaut, nur noch «Gut» und «Böse» kennt und sich scheinheilig auf der Seite der «Guten» wähnt, ist der schlimmste Morast für eine Brutalisierung des Krieges. Der «Feind» wird dämonisiert und entmenschlicht, er wird zum «Unmenschen», zum «Untermenschen», zum «Ungeziefer».

Westliche und russische Medien

Wer in den vergangenen Wochen und Monaten, insbesondere seit dem 24. Februar, aber auch schon in den Wochen davor, die zugänglichen deutschsprachigen Mainstream-Medien in Deutschland, Österreich und der Schweiz mit denen aus Russland verglichen hat, dem musste auffallen, dass die erstgenannten nahezu täglich mit Hassparolen gearbeitet haben und arbeiten. Diese Propaganda zielt auf Dämonisierung und Entmenschlichung. Ungeprüft werden dem «Feind» Greueltaten zugeschrieben, wird entsprechendes Bildmaterial in grossen Formaten präsentiert. Diese «Berichte» sollen nicht nur Druck auf die politischen Entscheidungsträger ausüben, den (hybriden) Krieg gegen Russland fortzusetzen und zu eskalieren[2] – vor allem auf Kosten der Menschen in der Ukraine. Dazu gehört auch die Inbrunst, mit der deutsche Politiker wie *Annalena Baerbock* die wohlüberlegte Grundlinie ehemaliger deutscher Aussenpolitik, keine Waffen in Kriegsgebiete zu liefern, aufgegeben haben und nun sogar auch schwere Waffen liefern wollen.

Die «Berichte» unserer Medien zielen auch auf eine Massenöffentlichkeit, auf uns alle und unsere Gefühle. Der Verstand soll ausgeschaltet werden, blinder Hass soll erzeugt werden. Die Methoden der Hasspropaganda werden seit mehr als 100 Jahren sehr genau beschrieben und analysiert. Und trotzdem wirken sie bei sehr vielen bis heute.

Ich kann nicht sicher beurteilen, was in den mir zugänglichen deutschsprachigen russischen Medien stimmt und was nicht stimmt – aber die in unseren Medien unerträglich gewordene Hasspropaganda zeigen sie nicht.

Ein Angriff auf das Zusammenleben

Diese Hasspropaganda unserer Medien zerstört aber nicht nur alle Brücken zum «Feind» Russland. Sie ist auch ein Angriff auf das Zusammenleben in unseren Ländern – mit verheerenden Nachwirkungen. Denn diese Propaganda zerstört zwischenmenschliches Vertrauen und tut der Sozialnatur des Menschen Gewalt an. Wir werden die Folgen zu spüren bekommen.

Karin Leukefeld hat in ihrem Beitrag «Wegweiser in Zeiten des Krieges» (*Zeit-Fragen* Nr. 8 vom 5. April 2022) die Frage: «Was soll man tun?» gestellt. Sie hat von einem «mutigen Herz» geschrieben und eigentlich Selbstverständlichkeiten aufgelistet: «Sieh hin und lass dich nicht in die Irre führen. Hinterfrage die Medienberichte, die uns vermitteln wollen, was in der Ukraine geschieht, was Russland angeblich plant, suche andere Quellen. Sprich mit der Familie, Freunden, Nachbarn und Kollegen darüber, was du über das Geschehen in der Ukraine, aber auch über andere Kriegsschauplätze und Ungerechtigkeiten herausgefunden hast. Weigere dich, Feind zu werden, und halte an der Freundschaft mit Russland und seiner Bevölkerung fest, für die seit Jahrzehnten gearbeitet wurde.»

Die Hasspropaganda unserer Medien soll genau das verhindern. Sie soll verhindern, dass wir unser Menschsein leben. Sie soll aus denkenden und mitfühlenden Individuen gebeugte Massenmenschen mit gewalttätigen Affekten machen, die der Hasspropaganda innerlich Gehorsam leisten. Sie soll uns in den Krieg führen. Ja, sie hat etwas Faschistisches an sich.

Die Deutschen, die den Zweiten Weltkrieg mitgemacht haben, erinnern sich nicht nur an die Opfer und die Zerstörungen des Krieges, sondern auch an die seelische Zerrüttung eines ganzen Volkes durch die nationalsozialistische Hasspropaganda. Auch jetzt sind wieder Zauberlehrlinge am Werk. •

[1] «Die europäischen Länder – allen voran die Schweiz – sollten versuchen, die Wogen zu glätten, anstatt Öl ins Feuer zu giessen»; Interview mit *Jacques Baud* in *Zeitgeschehen im Fokus* Nr. 6 vom 5.4.2022; *https://zeitgeschehen-im-fokus.ch/de/newspaper-ausgabe/nr-6-vom-5-april-2022.html#article_1332*

[2] So berichtete die Internetseite *www.german-foreign-policy.com* (*https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/8891*) am 6.4.2022, die britische Regierung habe nach einer ersten Annäherung zwischen der russischen und der ukrainischen Verhandlungsdelegation in Istanbul vor einer zu schnellen Waffenruhe gewarnt. Die Ukraine müsse zuerst «militärisch in der stärkstmöglichen Position» sein.

Nie wieder? – Wieder ruft es: «Kämpfen und gewinnen!»

km. Am 12. April 2022 schrieb die «Frankfurter Allgemeine Zeitung» über eine Vortragsveranstaltung in der *Evangelischen Akademie* am Frankfurter Römerberg. Der Redner war *Ben Hodges*, US-Dreisternegeneral, früher Oberkommandierender des US-Heeres in Europa, heute Mitglied des Washingtoner *Center for European Policy Analysis* (CEPA). Hodges ist auf Tournee in Deutschland. Die Zeitung schreibt: «[Hodges] eilt von einer Veranstaltung zur nächsten, gibt Telefoninterviews im Halbstundentakt, tritt in politischen Talkshows auf, spricht täglich mit Journalisten und Militärs in Deutschland, Europa und Amerika.»

Seine Kernbotschaft: «Vor allem aber müsse Deutschland bereit sein zu erkennen, dass es in diesem Krieg um mehr als die Ukraine gehe, nämlich um den Kampf für Freiheit und Demokratie insgesamt. Und es müsse bereit sein, diesen Kampf zu führen und zu gewinnen.»

Scheindemokratie

Fast ein Drittel der Bundesbürger stimmt laut einer repräsentativen Umfrage der Äusserung zu, in einer «Scheindemokratie» zu leben. Das geht aus einer Untersuchung des *Instituts für Demoskopie in Allensbach* (Kreis Konstanz) im Auftrag des SWR [*Südwestrundfunk*] hervor.

Laut der Umfrage äusserten 31 Prozent der Befragten die Einschätzung, in einer «Scheindemokratie» zu leben, «in der die Bürger nichts zu sagen hätten». Auffällig dabei sei der West-Ost-Unterschied: In Westdeutschland seien 28 Prozent dieser Ansicht, in den ostdeutschen Bundesländern 45 Prozent. Zudem vertreten der Untersuchung zufolge bundesweit 28 Prozent der Befragten die Meinung, dass das demokratische System in Deutschland grundlegend geändert werden müsste.

Quelle: https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/friedrichshafen/allensbach-umfrage-zu-demokratie-in-deutschland-100.html vom 11.4.2022

«Unsere Blase der Täuschung»

Fortsetzung von Seite 1

Unwirklichkeit zu schaffen, das zwischen uns und den Tatsachen des Lebens steht.»

Wie Sie sich vorstellen können, entging auch die Presse nicht Boorstins genauer Prüfung. «Die Aufgabe des Reporters», schrieb er denkwürdig, «ist es, einen Weg zu finden, diese Fäden der Unwirklichkeit zu einem Gewebe zu verweben, das der Leser nicht als völlig unwirklich erkennen wird.»

Das ist unser Zustand. Die Ukraine-Krise ist der Spiegel, der uns reflektiert, wie wir sind.

Nun möchte ich von einem merkwürdigen Zufall berichten, der für unseren Fall von Bedeutung ist.

Letzte Woche habe ich es mir zur Aufgabe gemacht, *Marcel Ophüls'* «Das Haus nebenan» zu sehen, und zwar alle vier Stunden. Dies ist der berühmte brisante Dokumentarfilm, der die Franzosen dazu zwang, sich mit dem Ausmass ihrer Kollaboration mit den Nazis während der drei Jahre, in denen sie Frankreich besetzt hielten, auseinanderzusetzen.

Dieser Film hat für mich eine besondere Bedeutung. Er kam 1969 heraus, als ich gerade in Paris zum Studium ankam. Frankreich war wegen Ophüls' Film in Aufruhr. Die Ausstrahlung im französischen Fernsehen war bis 1981 verboten. Damals verstand ich nicht viel davon.

«Das Haus nebenan» zertrümmerte schonungslos den nationalen Mythos, dass die Franzosen alle Helden des Widerstands gewesen seien oder ihn unterstützt hätten oder sich in irgendeiner Weise gegen das kollaborierende *Vichy*-Regime von Marschall *Pétain* gestellt hätten, Held von Verdun im Ersten Weltkrieg, Kapitulant im Zweiten Weltkrieg. Das war nicht der Fall.

Jetzt verstehe ich, was der junge Student vor langer Zeit nicht ganz begreifen konnte. Die Franzosen waren einfach nicht in der Lage, Ophüls' unnachgiebige Entlarvung dessen, was sie gewesen waren, zu ertragen. Ophüls hatte die dauerhafte Blase der Täuschung durchbrochen, in der sie nach dem Sieg in Europa 1945 für 25 Jahre gelebt hatten.

Die Menschen können sehr lange in diesen Blasen leben. Die Unwirklichkeit in diesen Blasen kann sehr überzeugend sein. Die Franzosen sind schliesslich aus ihrer Blase herausgekommen. Es war schmerzhaft, eine Zeit voller Ängste, aber sie hatten Glück, dass sie entkommen sind.

Werden wir unsere Zeit der Trauer und des Mitleids haben und aus unserer Blase herauskommen, weil es uns dann besser geht? Mögen wir eines Tages so gesegnet sein. •

Quelle: *https://consortiumnews.com/2022/04/05/patrick-lawrence-the-us-bubble-of-pretend/* vom 5.4.2022. Nachdruck mit freundlicher Genehmigung des Autors.

(Übersetzung *Zeit-Fragen*)

LESER BRIEF

Nie wieder? Ein Zeitzeuge, Jahrgang 1927, stellt fest: Manches kommt mir bekannt vor

Ich bin Jahrgang 1927 und werde in Kürze 95 Jahre alt. Mit 16 Jahren wurde ich Luftwaffenhelfer, mit 17 Jahren war ich *Hitlers* letztes Aufgebot in Berlin. Im schrecklichen Lager für *Disarmed Enemy Forces* (DEF) in Nürnberg und Eisleben hatte ich vor meiner sehr gefährlichen Flucht Zeit zum Nachdenken. Wie hatte es die Propaganda fertiggebracht, dass wir «dem Führer» fast bis zum Schluss am 30. April 1945 die Treue gehalten hatten?

Das Thema «Wirkung von Propaganda» beschäftigte mich seit Kriegsende intensiv. Mein Vorsatz damals: In Zukunft gelingt euch «Oberen» so etwas nicht noch einmal. Das ist wahr geblieben, und ich beobachte die Salamitaktik, mit der wir grundgesetz- und bald auch völkerrechtswidrig wieder auf alte Wege geführt wurden. Ich kenne die Mahner *Erich Kästner, Wolfgang Borchert* («… dann sag Nein»), *Heinrich Böll* und *Karl Jaspers*, der in Basel lebte und dem ich schrieb nach dem Lesen seines mahnenden Buches «Wohin treibt die Bundesrepublik?». Das Grundgesetz ist der Felsen, auf dem unsere Freiheit ruht. Schon pflegten Politiker lockeren Umgang mit ihm, und unser Volk kannte seinen Wert zu wenig.

Was sich im «Dritten Reich» ereignet hat, spielt sich seit 1945 in wichtigen Punkten erneut vor meinen Augen ab: die Pressegleichschaltung. Nun sind wir bei der Kriminalisierung Andersdenkender angekommen. Menschen, die in Deutschland Russlands Position im laufenden Krieg in der Ukraine vertreten, sollen strafrechtlich verfolgt werden. Denn sie seien für einen Angriffskrieg. Und Angriffskriege sind in Deutschland bei Strafe verboten. Bestimmt unsere Regierung, wer der Angreifer ist? Hatte sie dies in den Jahren seit 1999 vergessen?

Ich habe im Fernsehen einen *Putin* gesehen, der sich die gegnerischen Unverschämtheiten nicht mehr gefallen lassen konnte. Dies fand wenig Beachtung in den gesteuerten Medien. Als Putin zum Mittel Krieg griff, wurden die Schrecken des Krieges dafür um so mehr gezeigt mit der Macht der Bilder, wie schon in Pearl Harbor, am 11. September 2001 in New York und Washington. Immer das gleiche Rezept. Und man stellt fest, der Bürger fällt darauf herein, immer wieder, sogar intelligente Leute. Ich mache da meine unerfreulichen Erfahrungen, jede Menge. Heute erlebe ich Medienzensur. Wie geht so etwas nur zu machen – wie nach Hitlers Machtergreifung?

Ernst Udo Kaufmann, Müllheim (DE)

Schweizer Neutralität und Rechtsstaat als unabdingbare Voraussetzungen für das Wirken des IKRK

von Dr. iur. Marianne Wüthrich

Es ist schwer nachvollziehbar, was die Dauerberieselung mit einseitiger Kriegspropaganda in den Köpfen anrichten kann. Mit der neutralitätswidrigen Übernahme aller EU-Sanktionen gegen Russland hat der Bundesrat ein fatales Zeichen gesetzt: Schon wird aus der Politik eine «viel engere, über die bestehende Partnership for Peace (PfP) hinausgehende Kooperation» der Schweiz mit der Nato verlangt, um die «auf Freiheit, Demokratie, Selbstbestimmung und Rechtsstaatlichkeit beruhende westliche Weltordnung» im Gleichschritt mit den Nato-Armeen zu verteidigen. Dies fordert aktuell bedauerlicherweise Ständerat *Thierry Burkart*, der seinen Einstand als FDP-Präsident letztes Jahr mit der erfreulichen Absage an die festgefahrenen Verhandlungen des Bundesrats mit Brüssel gegeben hat.[1] Frohlockend doppelt der «Tages-Anzeiger» nach: «Kommentar zum Nato-Tabubruch – Burkart liegt goldrichtig – die Schweiz ist keine blockfreie Zone» (9. April 2022). Und Ex-Bundesrat *Kaspar Villiger* erklärt kurz und bündig: «Neutralität kann es in dieser schicksalhaften Auseinandersetzung nicht geben.» («Neue Zürcher Zeitung» vom 13. April 2022) Widerstand von uns Bürgerinnen und Bürgern tut not!

Dazu kommt, dass die von Thierry Burkart genannten «westlichen Werte» nicht einmal mehr in der Schweiz eingehalten werden. Selbst grundlegende rechtsstaatliche Prinzipien werden in Bundesbern über Bord geworfen, wie gleich zu erläutern sein wird. Besonders alarmierend: Wenn das Schweizer Modell ins Wanken kommt, ist auch die lebenswichtige humanitäre Arbeit des IKRK in der Ukraine – und in allen anderen Kriegsgebieten! – ernsthaft gefährdet. Dies erleben wir angesichts der abscheulichen Lügen, die kürzlich über die Tätigkeit des IKRK im Donbass verbreitet wurden. Das Wirken des IKRK ist untrennbar mit dem Vertrauen der Kriegsparteien in die Neutralität und den Rechtsstaat der Schweiz verbunden.

Vorverurteilung «russischer Kriegsverbrecher» durch Schweizer Rechtsgelehrte ist menschenrechtswidrig

Die Unschuldsvermutung ist einer der wichtigsten strafrechtlichen Grundsätze im Rechtsstaat und gilt zwingend (*ius cogens*): «Jeder, der einer strafbaren Handlung beschuldigt wird, hat das Recht, als unschuldig zu gelten, solange seine Schuld nicht in einem öffentlichen Verfahren, in dem er alle für seine Verteidigung notwendigen Garantien gehabt hat, gemäss dem Gesetz nachgewiesen ist.» (Artikel 11 Ziff. 1 der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte*).

Die erste Schweizer Juristin, die aus dem Blauen heraus einen internationalen Haftbefehl gegen *Wladimir Putin* forderte, war *Carla Del Ponte*, frühere Schweizer Bundesanwältin und Chefanklägerin des *Internationalen Strafgerichtshofes für das ehemalige Jugoslawien* in Den Haag. Ihre «Beweislinie»: In der Ukraine seien Kriegsverbrechen begangen worden, deren Urheber müssten zur Verantwortung gezogen werden. «Aber der erste Verantwortliche ist zweifellos Präsident Putin.»[2] Es ist zu hoffen, dass die Dame am Jugoslawien-Tribunal nicht derart faktenfrei Anklage erhoben hat. Die westlichen Urheber des Angriffskrieges gegen Serbien wurden übrigens nie vor Gericht gestellt. Eigentlich hätte eine Schweizer Juristin sich weigern müssen, bei einem Tribunal mitzuwirken, das auf dem Nato-Auge blind ist.

Ein zweiter Schweizer Strafrechtler und ebenfalls ehemaliger Richter am Jugoslawien-Tribunal, *Stefan Trechsel*, äussert sich in einem Zeitungsinterview zu den Ermittlungen in Butscha. Dass die Russen die Täter waren, ist für ihn von vornherein klar. Trechsel geht davon aus, «dass die Taten geplant, organisiert und befohlen wurden. *Aber das ist nur mein persönlicher Eindruck aus der Distanz*». Trotz diesem Eingeständnis spinnt der Jurist seinen Faden weiter: «Es ist keineswegs ausgeschlossen, dass dies von Putin kommt. […] *Es wird allerdings sehr schwierig, dies nachzuweisen, weshalb es sich vorerst nur um eine Spekulation handelt. Das ändert aber nichts daran, dass man die Beweisführung unbedingt anstreben wird.*»[3] (Hervorhebungen mw.) Im Klartext: Macht nichts, dass es keine Beweise gegen Präsident Putin gibt – die US-Führung ist ja darauf trainiert, Beweise für Kriegsverbrechen zu erfinden …

Die Dritte im Bunde der vorverurteilenden Juristen: Bundesrätin *Karin Keller-Sutter*, Vorsteherin des Justizdepartements (EJPD). Als «Beweise» für die russische Täterschaft in Butscha nennt sie den «Bericht» des ukrainischen Innenministers (also einer Kriegspartei) über «Vergewaltigungen, Plünderungen und Tötungen von Zivilisten» sowie die Zeugenaussagen ukrainischer Flüchtlinge in der Schweiz.[4] Ziemlich einseitig gefärbte Beweise … Auch Frau Bundesrätin spinnt ihren antirussischen Faden ad absurdum weiter: «Wir müssen davon ausgehen, dass Russland gezielt möglichst viele Menschen in die Flucht treiben will. […] Putin hofft, so die Europäer auseinanderdividieren zu können.» Wenn jemand die Europäer schwächen und auseinanderdividieren will, ist das eher eine Macht auf der anderen Seite des Atlantik.

Eklatante Ungleichbehandlung von Flüchtlingen: Westliche Werte?

Kürzlich hat die von *Ursula von der Leyen* organisierte Geberkonferenz «Stand up for Ukraine» in null Komma nichts über 9 Milliarden Euro zusammengebracht. Für Afghanistan dagegen, das von den USA und ihren Vasallen jahrzehntelang in Schutt und Asche gelegt und seines Volksvermögens beraubt wurde, wurden an der Geberkonferenz vom 31. März nur 2,44 Milliarden Dollar statt der von der Uno geforderten 4,4 Milliarden Dollar zugesagt. Damit überlassen wir Millionen afghanischer Kinder und Erwachsener dem Hungertod. Zuerst sollen die Taliban die Mädchenschulen ab der 7. Klasse wieder öffnen, bevor Deutschland sich spendabler zeige, so die deutsche Aussenministerin *Annalena Baerbock* in *ZDF heute* vom 31. März. Westliche Werte?

In der Schweiz werden Flüchtlinge und Migranten aus der Ukraine – im Gegensatz zu Menschen aus anderen Ländern – ohne bürokratische Hürden aufgenommen und erhalten neben der Deckung der Grundbedürfnisse ein privilegiertes Zusatzpaket: eigene Wohnungen, Tram-Abos, Reisefreiheit, sofortige Arbeitsbewilligung und Stellenvermittlung, eigene Einschulungsklassen für die Kinder und vieles mehr. Viele Asylbewerber und vorläufig Aufgenommene aus anderen Kriegsländern fühlen sich mit Recht zurückgesetzt. Sie können nur davon träumen, hier ein normales Leben führen zu können.

EJPD-Chefin Keller-Sutter weist den Vorwurf der Ungleichbehandlung von sich: Man dürfe «die Situationen nicht vermischen». Die meisten Ukrainer hätten «den festen Willen, in die Ukraine zurückzukehren».[5] Diesen Rückkehrwunsch haben allerdings viele Flüchtlinge aus anderen Ländern auch. Dann erklärt Frau Bundesrätin konkret, was man «nicht vermischen» darf: Sie sagt, «dass der Krieg mitten in Europa, den man nicht für möglich gehalten habe, *uns alle trifft*. Viele Menschen in der Schweiz hätten deshalb das Gefühl, *das könnten auch wir sein»* (Hervorhebungen *mw.)*.

Jeder von uns, der die Menschen unseres Globus nach derlei Kriterien sortiert, muss dringend über die Bücher, ob er nun Hansli Meier oder Karin Keller-Sutter heisst. Allerdings fehlt bei Keller-Sutters Erklärung der Faktor der manipulativen Verdrehung unserer mitmenschlichen Gefühle durch jahrelange Gehirnwäsche. Während wir ukrainische Migranten willkommen heissen, streichen wir russische Sängerinnen und Dirigenten aus dem Konzertprogramm – es sei denn, sie distanzieren sich von ihrem Staatspräsidenten – und *Dostojewski* aus dem Vorlesungsverzeichnis. Westliche Werte?

Schwere Zeiten für das IKRK und sein Wirken zum Wohl der Menschen in Kriegsgebieten

«Wir haben kampflos kapituliert, indem wir von unserer Neutralität abgewichen sind, obwohl das niemand von uns verlangt hat. Zwei Jahrhunderte haben wir standgehalten, und jetzt unterwerfen wir uns kampflos in weniger als fünf Tagen! Diese Preisgabe der Neutralität ist nicht nur schlecht für die Identität des Landes, sondern auch für dessen Glaubwürdigkeit.» (*Guy Mettan*)[6]

Am 29. März musste sich das IKRK gegen widerwärtige Vorwürfe von ukrainischer Seite zur Wehr setzen: Das IKRK stehe Moskau viel zu nahe, helfe bei der «Entführung» ukrainischer Flüchtlinge nach Russland und dergleichen – man mag gar nicht alles wiedergeben. Es wurde sogar kritisiert, dass IKRK-Präsident *Peter Maurer* den russischen Aussenminister *Sergej Lawrow* in Moskau besucht und ihn freundlich begrüsst(!) hatte. Dazu sagt *Dietrich Dreyer*, langjähriger DEZA-Mitarbeiter in der Ukraine, gemäss «Basler Zeitung», das Ziel dieser Gespräche sei dabei allein, «dass die Organisation ihre humanitäre Arbeit machen könne. Man hat auf beiden Seiten Verhandler, und ohne Verhandlungen geht gar nichts – und die hier sind Chefsache». Natürlich rede Peter Maurer auch mit der ukrainischen Seite. «Eine Woche vor seinem Besuch in Moskau war er in Kiew», sagt Dreyer, aber davon sei in der ganzen Kontroverse nie die Rede.[7] Im selben Artikel bestätigt auch Botschafter *Toni Frisch*, bis 2021 Koordinator der OSZE für Humanitäre Hilfe in der Ostukraine, dass es «unerlässlich sei, mit beiden Seiten zu sprechen, […] um beispielsweise einen humanitären Korridor zu öffnen und Zivilisten zu evakuieren».

Vorsätzliche und gezielte Angriffe auf das IKRK richten grossen Schaden an

Das IKRK warnt, dass «vorsätzliche und gezielte Angriffe und […] Falschinformationen, mit denen das IKRK in Verruf gebracht werden soll, den IKRK-Teams, unseren Partnern in der Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung, die vor Ort tätig sind, und den Menschen, denen wir zur Seite stehen, grossen Schaden zufügen [können]. Während der Bedarf von Stunde zu Stunde steigt, *werden unsere Möglichkeiten, dringend benötigte humanitäre Hilfe zu leisten*, heute durch eine *Welle von Falsch- und Desinformationen* über unsere Arbeit und die Rolle, die wir bei der Linderung von Leiden in bewaffneten Konflikten spielen, gefährdet.»[8]

Dass «ohne Verhandlungen gar nichts geht», wie Dietrich Dreyer sagt, erklärt das IKRK in seiner Stellungnahme vom 29. März ganz konkret: «Seit fünf Wochen erörtert das IKRK mit den russischen und ukrainischen Behörden ihre Verpflichtungen im Rahmen des Humanitären Völkerrechts (HVR) und die praktischen Schritte, die notwendig sind, um das Leiden der Zivilbevölkerung und all derer zu lindern, die nicht mehr an Feindseligkeiten teilnehmen, darunter Verwundete, Kranke und Kriegsgefangene. Das IKRK ist zutiefst besorgt angesichts der Tatsache, dass die *Parteien bislang nicht in der Lage waren, viele ihrer Kernverpflichtungen im Rahmen des HVR zu erfüllen* oder einen Konsens in zentralen Fragen zu erzielen, die nur sie konkret regeln können.» (Hervorhebungen mw.) *Das* sind die Sorgen des IKRK, mit denen seine Mitarbeiter täglich zu Rande kommen müssen!

Neutralität als unerlässliche Grundlage für das Wirken der Schweiz und des IKRK

«Neutralität, Unparteilichkeit und Unabhängigkeit» müssen bei den Aktivitäten des IKRK «stets respektiert werden», so Botschafter Toni Frisch bei *bazonline* vom 5. April. «Denn die Neutralität sei die Voraussetzung dafür, dass man Leben retten und beiden Parteien gerecht werden könne.» Das IKRK sei es gewohnt, in solch schwierigen Situationen zu arbeiten: «Ich gehe davon aus, dass dessen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die jetzt in Mariupol und anderswo gefordert sind, alles daran setzen, Lösungen zu finden.» Das wünschen wir den IKRK-Mitarbeitern und den bedauernswerten Menschen, die dort um ihr Überleben ringen, von ganzem Herzen.

Zum Abschluss seines OSZE-Mandats in der Ostukraine referierte Toni Frisch im letzten Sommer zur grossen Bedeutung der Tradition der humanitären Hilfe der Schweiz auf der Grundlage ihrer Neutralität: «Die Schweiz geniesst im Bereich der humanitären Hilfe einen hervorragenden Ruf, auch innerhalb der OSZE. Das ist eine Stärke, auf die ich während meines Mandats in der Ukraine gesetzt habe, und unsere Tradition, insbesondere während des Vorsitzes von *Didier Burkhalter*, fand hohe Wertschätzung. Und sie geht einher mit einer Idealvorstellung von Neutralität, die hoffentlich auch in Zukunft Bestand haben wird. In dieser Hinsicht verfügen wir als Schweizer über ein erhebliches Mass an Glaubwürdigkeit, die wir so nutzen müssen, dass wir damit etwas bewirken können. Ich persönlich bin froh und stolz, dass ich diese Tradition während meines Mandats verkörpern durfte.»[9]

Diese Tradition hat der Bundesrat mit seinen Anbiederungen bei den EU- und Nato-Staaten seit Ende Februar leider aufs Spiel gesetzt. Zu den schwerwiegenden Auswirkungen dieser verfehlten Politik soll zum Abschluss noch einmal Guy Mettan, Genfer Grossrat (Parlamentsmitglied) und früherer Chefredaktor der «Tribune de Genève», zu Wort kommen: «Das Opfer der Neutralität stellt einen schweren Angriff auf das Land dar, denn indem wir uns den westlichen Nationen sklavisch ergeben, haben wir beim Rest der Welt an Glaubwürdigkeit verloren. […] Indem wir uns bedingungslos hinter die Ukraine und Europa stellen, gefährden wir die Neutralität und die Unparteilichkeit des IKRK. Beide Haltungen sind in den Augen der Welt untrennbar miteinander verbunden. Deshalb musste das IKRK gegenüber den ukrainischen Versuchen, sein Handeln zu sabotieren und ihm Kollaboration mit Russland vorzuwerfen, entschieden reagieren, weil die Neutralität das eigentliche Herz seiner Mission ist. Wie soll man einer Institution vertrauen, deren Gastgeberland den Geist und Buchstaben einer Neutralität verletzt hat, die sogar in seiner Verfassung niedergeschrieben ist, und das den westlichen politischen Führungen und einer durch die antirussische Propaganda erhitzten öffentlichen Meinung gefallen will?»[10] •

«Neutralität bedeutet nicht Gleichgültigkeit»

«Unsere Neutralität wird oft missverstanden. Ich verstehe das, weil das so polarisierende Kontexte sind, aber gerade in solchen ist es extrem wichtig, den Dialog mit den Kriegsparteien aufrechtzuerhalten. Nur so können wir allen Kriegsbetroffenen Hilfe leisten und das Vertrauen schaffen, um Kriegsgefangene zu besuchen, gefallene Soldaten zurückzuschaffen usw. Es ist einfach wirklich wichtig: Neutralität bedeutet nicht Gleichgültigkeit, sondern im Gegenteil – es ist ein Bekennen zu denen, die am meisten betroffen sind von diesem Krieg.»

Quelle: Interview mit Dominik Stillhart, Leiter Operationen des IKRK in der Ukraine; in: «10 vor 10», Fernsehen SRF vom 14.4.2022

---

1 Burkart, Thierry. «Das Ende der Igel-Schweiz: Die Zusammenarbeit mit der Nato muss massiv verstärkt werden». In: *Neue Zürcher Zeitung* vom 8.4.2022

2 Lob, Gerhard. «Ukraine-Krieg. Carla Del Ponte spricht sich für internationalen Haftbefehl gegen Putin aus». In: *Luzerner Zeitung* vom 13.3.2022

3 Baumann, Meret; Gerny Daniel. «Schweizer Ex-Richter am Kriegsverbrecher-Tribunal: ‹Es ist unwahrscheinlich, dass Putin in einer Gefängniszelle landet und vor Gericht gestellt wird›». Interview mit Stefan Trechsel. *Neue Zürcher Zeitung* vom 10.4.2022

4 Schäfer, Fabian; Gafafer, Tobias. Interview. «Justizministerin Keller-Sutter: ‹Ich bin entsetzt. Das sind klare Hinweise auf Kriegsverbrechen›». In: *Neue Zürcher Zeitung* vom 6.4.2022

5 «Keller-Sutter sieht keine Ungleichbehandlung von Flüchtlingen.» *Swissinfo.ch* vom 29.3.2022 (*Keystone-SDA*)

6 Mettan, Guy. «Selenskyj-Manie und das verwüstete Image der Schweiz». In: *Weltwoche* vom 7.4.2022

7 Affentranger, Zita. «Helfen zwischen den Fronten – Ohne Verhandlungen geht gar nichts – und die sind Chefsache». In: *bazonline* vom 5.4.2022

8 Internationales Komitee vom Roten Kreuz. «Ukraine: Angesichts der zunehmenden humanitären Krise müssen die Parteien dringend konkrete Massnahmen vereinbaren; Falschinformationen gefährden Menschenleben». *icrc.org* vom 29.3.2022

9 Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA. «Toni Frisch – eine Karriere im Dienst der humanitären Hilfe». 27.7.2021

10 Mettan, Guy. «Selenskyj-Manie und das verwüstete Image der Schweiz». In: *Weltwoche* vom 7.4.2022

Russland wird aus dem UNHRC gejagt: Bewaffnung von Menschenrechten

Dringend muss ein nachhaltiges Friedensabkommen in der Ukraine erreicht werden, das die Stabilität in der Region gewährleistet

*von Alfred de Zayas und Adriel Kasonta**

Alfred de Zayas (Bild zvg)

Adriel Kasonta (Bild zvg)

Nach der symbolischen Abstimmung über die Suspendierung Russlands aus dem Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen (UNHRC) am 7. April kann man mit Fug und Recht behaupten, dass die edle Sache der Verteidigung der Menschenrechte auf Betreiben einer geopolitischen Agenda pervertiert wurde und, wie der Sprecher des UN-Generalsekretärs Stéphane Dujarric zu Recht warnte, ein «gefährlicher Präzedenzfall» geschaffen worden ist.

Diese heuchlerische Instrumentalisierung der edlen Grundsätze der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte*, um politisch zu punkten, ist Teil des umfassenden psychologischen und informatorischen Krieges gegen jedes Land, das es wagt, die USA und die Nato herauszufordern.

Erpressung von Staaten zur Unterwerfung

Obwohl der offizielle Grund für den am vergangenen Montag von den USA unterbreiteten Vorschlag zur Suspendierung Moskaus eine Reaktion auf die von der Ukraine erhobenen Vorwürfe über Greueltaten russischer Truppen an der Zivilbevölkerung in der Stadt Butscha war, ist es erwähnenswert, dass die Idee bereits eine Woche früher aufkam, als eine parteiübergreifende Gruppe von Mitgliedern des Ausschusses für auswärtige Beziehungen des US-Senats einen Brief an die US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen, *Linda Thomas-Greenfield*, mit der gleichen Forderung unterzeichnete.

«Wir sind der Meinung, dass Russland keinen Sitz in dem angeblich wichtigsten internationalen Menschenrechtsgremium haben sollte. Russland sollte nicht die Möglichkeit haben, weiterhin wichtige Gespräche über die Menschenrechtslage in der Ukraine zu blockieren, zu unterdrücken oder anderweitig davon abzulenken», heisst es in dem Schreiben, das am 29. März veröffentlicht wurde und zu «schnellem Handeln» auffordert.

Nachdem Linda Thomas-Greenfield das Siegel der überparteilichen Zustimmung erhalten hatte, kam sie zu dem Schluss, den sie während ihres Besuchs in Rumänien formulierte, dass «Russlands Teilnahme am Menschenrechtsrat eine Farce ist», und ermutigte «140 Länder, die mutig zusammengestanden haben», «ihren Worten Taten folgen zu lassen», wobei sie auf «die Bilder von Butscha» verwies.

Am selben Tag äusserte die britische Aussenministerin *Liz Truss* ähnliche Bedenken und forderte den Ausschluss Russlands aus dem UNHRC.

«Angesichts der eindeutigen Beweise für Kriegsverbrechen, einschliesslich Berichten über Massengräber und abscheuliches Gemetzel in Butscha, kann Russland nicht Mitglied des UN-Menschenrechtsrats bleiben», schrieb Truss auf ihrem *Twitter*-Account.

Um den Druck vor der Abstimmung am Donnerstag aufrechtzuerhalten, forderte der ukrainische Präsident *Wolodimir Selenski* in seiner Rede vor dem UN-Sicherheitsrat, dass dieser das russische Militär, das angeblich für den «Völkermord» in Butscha verantwortlich ist, vor Gericht stellt.

Was war das Ergebnis?

Die von den USA geführte Kampagne zur Suspendierung Russlands aus dem Menschenrechtsrat während einer Sondersitzung am 7. April erhielt insgesamt 93 Stimmen, 24 Länder stimmten gegen den Antrag und 58 enthielten sich der Stimme[1] – in einer Situation, in der eine Zweidrittelmehrheit in der 193 Mitglieder zählenden Generalversammlung in New York erforderlich war, um dieses Ergebnis zu erreichen.

Zu den Ländern, die mit «Nein» stimmten, gehörten Russland, Weissrussland, China, der Iran und Syrien. Brasilien, Thailand, Indien und Mexiko gehörten zu den Ländern, die sich der Stimme enthielten.

Die geringe Unterstützung deutet darauf hin, dass viele Länder nicht bereit waren, vor ihrer Entscheidung über die Mitgliedschaft Moskaus im UNHRC weitreichende Schlussfolgerungen zu ziehen, ohne die Ergebnisse einer unabhängigen Untersuchung zu kennen.

Diese Einschätzung wurde vor allem von Mexiko, Saudi-Arabien und China geäussert, wobei der chinesische Botschafter *Zhang Jun* den Schritt als Gefahr einer «Politisierung oder Instrumentalisierung von Menschenrechtsfragen» kritisierte.

Der stellvertretende ständige Vertreter Russlands bei den Vereinten Nationen, *Gennadi Kusmin*, bezeichnete das Ergebnis als «illegitim und politisch motiviert» und kündigte an, dass sein Land, das sich im zweiten Jahr seiner dreijährigen Amtszeit befindet, seine Mitgliedschaft im UNHRC beenden werde – ähnlich wie die USA im Jahr 2018 wegen «Voreingenommenheit gegenüber Israel und fehlender Reformen».

Russland kann sich zwar 2024 erneut um die Mitgliedschaft bewerben, doch hat sich die aktuelle Entscheidung als kontraproduktiv erwiesen, da das Justizministerium des Landes am 8. April bekannt gab, dass es die Registrierungen ausländischer Organisationen wie *Amnesty International* und *Human Rights Watch* (HRW) widerrufen hat.

In einer Situation, in der die USA den ersten Stein werfen, obwohl sie weltweit viele Rechtsverletzungen begangen haben, und der ukrainische Präsident zu Prozessen nach dem Vorbild Nürnbergs aufruft, erinnern diese offensichtliche Heuchelei und die Doppelmoral an *Noam Chomskys* Rede aus dem Jahr 1990, in der er spöttisch feststellte: «Wenn die Nürnberger Gesetze angewandt würden, dann wäre jeder amerikanische Präsident der Nachkriegszeit gehängt worden.»

Wir möchten an dieser Stelle einschränken, dass die Präsidenten *Gerald Ford* und *Jimmy Carter* kaum Gelegenheit hatten, aggressive Kriege zu beginnen oder Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschheit zu begehen, obwohl das Pentagon und der militärisch-industrielle Komplex der USA eifrig dabei waren, den Iran und andere Länder zu bombardieren.

Diese Lücke wurde während der Präsidentschaften von *Ronald Reagan, George H. W. Bush, Bill Clinton, George W. Bush, Barack Obama, Donald Trump* und *Joe Biden* umgehend geschlossen.

Wenn «Menschenrechte» irgendeine Bedeutung hätten …

Hätte der *Internationale Strafgerichtshof* irgendeine moralische Autorität und Glaubwürdigkeit, würde er Ermittlungen zu den von den Nato-Ländern begangenen Aggressionen gegen Jugoslawien, Afghanistan, den Irak, Libyen, Syrien, Somalia usw. aufnehmen. Er würde die in diesen Ländern begangenen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschheit untersuchen, einschliesslich der systematischen Folterpraktiken in Abu Ghraib, Bagram, Guantánamo und zahllosen «Black Sites» der CIA und des MI6.

Er würde den Einsatz von Waffen mit abgereichertem Uran in Jugoslawien, Afghanistan und im Irak sowie den angeblichen Einsatz von chemischen Waffen, Streubomben und weissem Phosphor in Falludja und anderswo untersuchen.

Wenn der IStGH das *Römische Statut* ernst nähme, müsste er die Verantwortlichen für den Einsatz unverhältnismässiger Gewalt entgegen den Genfer Rotkreuz-Konventionen, für Angriffe auf Dämme und Wasserversorgung, für wahllose Angriffe auf Zivilisten und für die enormen «Kollateralschäden» durch Drohnen, die Zehntausende von Toten gefordert haben, untersuchen und in der Folge anklagen.

Bislang hat sich der IStGH geweigert, Verbrechen der USA zu untersuchen, und hat sich darauf konzentriert, gestürzte afrikanische Führer oder Militärs anzuklagen und strafrechtlich zu verfolgen. Selbst wenn er Israeli nicht anklagen kann, weil Israel kein Vertragsstaat des *Römischen Statuts* ist, müsste er zumindest die von israelischen Streitkräften begangenen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschheit untersuchen, die von den UN-Sonderberichterstattern *John Dugard, Richard Goldstone, Richard Falk, Michael Lynk* und *William Schabas* dokumentiert wurden.

Selbst die Organisation *Amnesty International*, deren Glaubwürdigkeit fragwürdig ist und die häufig mit dem geopolitischen Establishment der USA unter einer Decke steckt, warf Israel 2009 Kriegsverbrechen im Zusammenhang mit der Operation «Gegossenes Blei» vor, bei der mehr als 1400 Palästinenser starben – als «Kosten» für 13 israelische Opfer.

In seinem ausführlichen Bericht beschuldigte *Amnesty International* die israelischen Streitkräfte der mutwilligen Zerstörung tausender palästinensischer Häuser und deckte Beweise dafür auf, dass israelische Soldaten palästinensische Zivilisten als menschliche Schutzschilde missbrauchten. Eine UN-Fact Finding Mission hat die Ergebnisse von *Amnesty International* bestätigt.

Weitaus schlimmer als die Verbrechen, die angeblich von den russischen Streitkräften in der Ukraine begangen wurden, sind die Verbrechen, die Aserbaidschan von September bis Dezember 2020 während seines barbarischen Blitzkriegs gegen die unglücklichen Armenier von Berg-Karabach begangen hat: die gezielte Bombardierung von Zivilisten, die weit verbreitete Folterung und Hinrichtung armenischer Kriegsgefangener und die Zerstörung alter Kirchen und Klöster. *Human Rights Watch* hat diese Verbrechen ausführlich dokumentiert.

Noch schlimmer als die aserbaidschanische Aggression gegen Berg-Karabach ist der saudische Angriff auf das jemenitische Volk, wo ungeheuerliche Kriegsverbrechen gegen die Zivilbevölkerung begangen wurden, die zu einer weit verbreiteten Hungersnot und zu dem geführt haben, was die Vereinten Nationen als die derzeit grösste humanitäre Krise der Welt bezeichnet haben.

Die Mainstream-Medien erinnern uns nicht an diese Tatsachen, über die sich jeder informieren kann, indem er ins Internet geht und «alternative» Medien konsultiert, darunter *Grayzone's Pushback, Consortium News, Counterpunch, Truthout* usw.

Die Mainstream-Medien verbreiten systematisch «fake news», unterdrücken alternative Darstellungen, beschönigen die Verbrechen ukrainischer Extremisten, die Ermordung russischer Journalisten oder ukrainischer Journalisten, die als russlandfreundlich gelten, und geben unkritisch wieder, was Washington will.

Die sogenannten «Qualitätsmedien» machen sich mitschuldig an der Gehirnwäsche der Öffentlichkeit und der Aufteilung der Welt in «die Guten» (den Westen) und «die Bösen» (den Rest).

Mehr als alles andere brauchen wir Zugang zu zuverlässigen Informationen und pluralistischen Ansichten. Wir brauchen mehr *WikiLeaks* und mehr mutige Whistleblower, die aufdecken, welche Machenschaften der Abstimmung in der Generalversammlung vorausgingen, welche Pläne im Nato-Hauptquartier in Brüssel und beim *Internationalen Strafgerichtshof* in Den Haag geschmiedet werden.

Wenn es im Weissen Haus einen guten Whistleblower gäbe, würden wir wahrscheinlich erfahren, dass die Idee, Russland aus dem Menschenrechtsrat auszuschliessen, schon viel früher ausgeheckt wurde und die USA nur auf den richtigen Zeitpunkt gewartet haben.

Aber wir sollten nicht zu viele Tränen über den Menschenrechtsrat vergiessen, dem es ohnehin an Autorität und Glaubwürdigkeit fehlt, weil er in weiten Teilen der Welt als von den Westmächten kontrolliert wahrgenommen wird.

Dringend erforderlich ist ein nachhaltiges Friedensabkommen in der Ukraine, das die Stabilität in der Region auf der Grundlage einer europäischen Sicherheitsarchitektur gewährleistet, die den nationalen Sicherheitsbedürfnissen aller Länder, einschliesslich Russlands und Weissrusslands, Rechnung trägt. *Pax optima rerum*! (Frieden ist das höchste der Güter!) •

---

* *Alfred de Zayas* ist Professor für internationales Recht an der Genfer Schule für Diplomatie und internationale Beziehungen in der Schweiz.
Adriel Kasonta ist ein in London ansässiger Berater für politische Risiken und Anwalt jüdischer und tansanischer Abstammung.

[1] Stimmenthaltungen werden nicht gezählt, Anm. d. Red.

Quelle: *Asia Times* vom 11.4.2022
(Übersetzung *Zeit-Fragen*)

Griechen protestieren gegen Asow-Auftritt

ef. Am 7. April trat Präsident *Selenski* auch im griechischen Parlament per Videoschaltung auf. Als Ergänzung zu seiner Rede hatte er zwei «Zeugen» aus Mariupol mitgebracht: Einer von ihnen, unverhüllt, gab sich als ethnischer Grieche mit dem Vornamen *Michael* aus, der andere war verhüllt und nannte keinen Namen. Beide sind Mitglied des Bataillons *Asow*, einer ukrainischen neonazistischen Gruppe mit Verbindungen zur in Griechenland kürzlich wegen terroristischer Aktionen verurteilten neonazisitschen Partei *Goldene Morgenröte*. Während nach den Videoreden – das ist das derzeitige Ritual in allen Parlamenten, in denen Selenski per Video vorwurfsvoll auftritt – stehender Applaus der Mitglieder der Regierungspartei *Nea Dimokratia* folgte, verliessen Mitglieder der griechischen Oppositionspartei *Syriza* aus Protest umgehend den Saal. *Alexis Tsipras* protestierte umgehend auf *Facebook*: «Die Rede von Mitgliedern des neonazistischen *Asow*-Bataillons im griechischen Parlament ist eine Provokation. Die absolute Verantwortung liegt beim Ministerpräsidenten *Kyriakos Mitsotakis*. Er hat von einem historischen Tag gesprochen, aber es ist eine historische Schande. Die Solidarität mit dem ukrainischen Volk ist eine Selbstverständlichkeit. Aber die Nazis können im Parlament nicht das Sagen haben.»

«Keinen Pfennig, kein Gewehr und keinen Soldaten für den Krieg»

ef. Proteste und Demonstrationen gegen Waffenlieferungen der Nato in die Ukraine gab es in Griechenland und in Italien. Hafenarbeiter hatten bereits Anfang März in Genua protestiert, als sie festgestellt hatten, dass mit Planen verhüllte Panzer auf Schiffe in Richtung Ukraine verladen wurden. Am 31. März folgte ein ganztägiger Hafenstreik gegen den Transport von Waffen und Munition in die Ukraine. Die Hafenarbeiter schrieben auf Flugblättern: «Keinen Pfennig, kein Gewehr und keinen Soldaten für den Krieg. Wir blockieren unsere Häfen für den Waffenhandel».

Auch in Griechenland gibt es anhaltende Proteste gegen die ständigen Waffenlieferungen und somit indirekte Kriegsbeteiligung der Nato-Staaten. So weigerten sich in der griechischen Hafenstadt Alexandroupoli die Transportarbeiter, gepanzerte Militärfahrzeuge der USA und der Nato von den Schiffen auf die Züge der griechischen Eisenbahngesellschaft *TrainOSE* zu verladen. Viele griechische Gewerkschaften unterstützten den Protest. Trotz massivem Druck auf die Arbeiter konnte die Transportfirma zwei Wochen lang auch an anderen Orten keine Arbeiter finden, um das Kriegsgerät zu verladen.

Auf dem Weg zum kollektiven Selbstmord Europas?

Die Vasallen sollen wagen zu denken!

von Prof. Dipl.-Ing. Dr. Heinrich Wohlmeyer

Eberhard Hamer hat in *Zeit-Fragen* Nr. 6 vom 22. Februar 2022 die Hintergründe zum Ukraine-Konflikt analysiert und die Hoffnung ausgesprochen, dass Russland nicht in die «US-ukrainische Falle» tappen werde.

Am 24. Februar 2022 ist sie zugeschnappt.

Russland, personifiziert durch *Wladimir Putin*, sah nach jahrelanger systematischer Provokation und demütigenden Wortbrüchen leider keinen anderen Ausweg mehr. Die laufende Aufrüstung und Eingliederung der Russen-mordenden *Asow*-Regimenter, die Ankündigung der Eroberung der Krim und des Donbass, die Massierung von Truppen an der Waffenstillstandslinie zum Donbass, die Anforderung von Atomwaffen, das verdeckte Tätigsein der US- und Nato-Militärberater, die Existenz von biologischen Waffen-Laboren usw. liessen aus der Sicht der russischen Militärs keine Wahl mehr. Man wollte nicht vollkommen eingekreist und wehrlos sein und hoffte auf einen Blitzkrieg sowie ein Einlenken der USA und ihrer Marionetten in der Ukraine. Daher haben die Russen im Unterschied zu den US-Nato-Kriegen dort, wo es strategisch verantwortbar war, die Infrastrukturen (Strom, Telekommunikation, Verkehr und Wasser) geschont. Sie hätten ohne weiteres auch die Eisenbahnverbindungen unterbrechen und Herrn *Selenski* mittels einer Kommandoaktion festnehmen können, aber sie wollten und wollen noch immer keine Märtyrer. Die Frage ist: Wie lange noch?

Diese Strategie verhindern nämlich die USA und ihre Vasallen in der Nato durch Waffenlieferungen, Durchhalteparolen, den Einsatz der hasserfüllten Asow-Regimenter, durch Aufklärungshilfe und durch eine nie dagewesene Medienkampagne. Die psychologische Kriegsführung – vor allem mit gestellten False-flag-Greueltaten –, in der die USA und die Nato Meister sind, hat eine Massenhysterie erzeugt, die bis zur Ächtung der russischen Kultur geht. *Heinrich Heine* hat schon gemahnt: «Wo Bücher verbrannt werden, werden demnächst Menschen verbrannt.»

Mich erinnert die westliche Medienkampagne an die Rede von *Josef Göbbels* vom 18. Februar 1943 im *Sportpalast* zu Berlin, wo er den 15 000 Versammelten die demagogische Frage stellte: «Wollt ihr den totalen Krieg? Wollt ihr ihn – wenn nötig, totaler und radikaler als wir ihn uns heute überhaupt vorstellen können?»

Diesen «totalen Krieg» nimmt man nun in Kauf, indem man den Wirtschaftskrieg gegen Russland (genannt «Sanktionen») laufend verschärft und Russland demütigt, indem man seine verständlichen und berechtigten Vorschläge für einen Frieden und seine Sicherheit glatt missachtet und massiv gegen Russland aufrüstet.

Einer der klügsten Militäranalysten, der Chefredakteur der ältesten Militär-Zeitschrift der Welt, Brigadier Mag. Dr. *Wolfgang Peischel*, hat immer gemahnt, man möge nicht seine Gedankenwelt in den Gegner hineinprojizieren, sondern sich in diese hineindenken, um zu einer vernünftigen Entscheidung zu kommen.

Wenn wir uns nun in die Lage der Russen versetzen, dann liegt ein verzweifelter Befreiungsschlag gegen die laufende Einkreisung und Diffamierung auf der Hand. Im militärischen Vergleich mit den anderen Weltmächten hat Russland lediglich den Vorteil seiner hochgerüsteten Atomstreitkräfte. Wollen wir Westeuropäer in selbstmörderischer Blindheit deren Einsatz provozieren?

Lasst uns endlich denken! Sapere aude! Und auch die Hintergründe verstehen.

Der noch immer in den US-Militärakademien zur Pflichtliteratur gehörende Sir *Halford Mackinder* hat die sogenannte Heartland-Theorie entwickelt, in der er zeigt, dass die Beherrschung von Osteuropa («Drehscheibengebiet») und die Blockierung einer Verbindung von Westeuropa mit Russland verhindert, dass ein technologie- und rohstoffreicher Machtblock, der vom Atlantik bis zum Pazifik reicht, entsteht. Dann hätte nämlich die maritim gestützte Weltbeherrschungsstrategie Englands und seiner Nachfolgerin USA ausgespielt («The geographical pivot of history», 1904).

Diese Politik durchzieht das ganze 20. und das begonnene 21. Jahrhundert.

Eine weitere Quelle für das Erkennen des ununterbrochenen Aufbauens von künstlichen Gegnerschaften – vor allem bezüglich Russland – sind die beiden Bücher von *Thomas P. M. Barnett* aus den Jahren 2003 und 2005 «The Pentagon's New Map – War and Peace in the Twenty-First Century» und «The Pentagon's New Map – Blueprint for Action». Dort wird die Sorge des Pentagons dargelegt, dass mit dem Wegfall der sowjetischen Bedrohung (Ende des Kalten Krieges) die Mittel für die europäischen und nordasiatischen Basen gestrichen werden. Daher brauche man neue Bedrohungsszenarien und Kriegsgründe. In diese Strategie des militärisch-industriellen und finanziellen Establishments der USA und ihres ohne aufgebauten Gegner im Absterben befindlichen militärischen Armes, der Nato, lassen wir uns einspannen und haben mit der Provokation der Russen bis aufs Blut mitgetan, statt zu einem ausgewogenen, fairen Frieden beizutragen. Da die USA von allen Kriegen, die sie entfacht haben, im eigenen Staatsgebiet nicht betroffen worden sind, denken die kriegstreiberischen Eliten noch immer, dass dies weiter so sein wird – vor allem, dass sich ein Krieg mit Russland in Europa ereignen würde. Dies ist aber eine krasse Fehleinschätzung, weil Verzweiflungsschläge der Russen interkontinental sein würden.

Wohl aber würden die vernichtenden Hauptschäden Europa treffen.

Wollen wir uns in diese Gefahr hineinziehen lassen, statt den immer eindringlicher vorgetragenen Wegen zum Frieden Gehör und Tat zu schenken?

Ich denke da vor allem an die vor Kriegsbeginn in der Ukraine unterbreiteten Vorschläge im Rahmen der vom erfahrenen Prof. Dr. Dr. hc. mult. *Hans Köchler* geleiteten *International Progress Organization*. Mit der Akzeptanz des Dreiklanges «Immerwährende Neutralität, Bündnisfreiheit und föderale Struktur» wäre allen Interessen (ausser denen der Kriegstreiber) gedient; vor allem dem ukrainischen Volk, das davon profitierte, wenn es von Ost und West umworben würde, statt einseitig ausgebeutet zu werden.

Es gibt ein altes englisches Warnwort: *Don't drive them to dispair* (Treibt sie nicht zur Verzweiflung). Lasst uns daher das Vasallentum beenden und den Weg der Vernunft gehen, statt in einen Vernichtungskrieg hineinzutaumeln! •

(Bild zvg)

zf. Heinrich Wohlmeyer wurde von Bauern aufgenommen, nachdem der Vater vor dem Abtransport ins Konzentrationslager gestorben, sein Elternhaus durch Bomben zerstört und die Mutter krank geworden war. Er ging «auf eigene Faust» ins Gymnasium, hat Rechtswissenschaften, Internationales Wirtschaftsrecht in den USA und England sowie an der *Universität für Bodenkunde Wien* Landwirtschaft und Lebensmitteltechnologie studiert. Wieder in Österreich stellte er sich als Regionalentwickler und Industriemanager für das Waldviertel zur Verfügung und wurde Direktor der *Österreichischen Agrarindustrie*. Nachdem er sich «auseinandergeredet» hatte, ging er an die Universität und lehrte Ressourcenökonomie und Umweltmanagement. Bei all diesen Aktivitäten wurde ihm bewusst, dass die Radnaben der nicht nachhaltigen Entwicklung die Handels- und die Finanzpolitik sind, die die regionalen Wirtschaftskreisläufe unterlaufen. «Wir brauchen regionale Lösungen für einen bestmöglichen regionalen Wohlstand», sagt er.

Ex-Bundeswehrgeneral Vad: «Wir müssen aus der Eskalationslogik raus und Verhandlungen aufnehmen»

km. In einem Interview mit der *Deutschen Presseagentur* (dpa) vom 12. April 2022 (*www.stern.de* vom 12.4.2022) sprach sich der ehemalige deutsche Brigadegeneral der deutschen Bundeswehr und Sicherheitsbeauftragte der Bundeskanzlerin *Angela Merkel*, *Erich Vad*, gegen die Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine aus. Auch warnte er davor, dem russischen Präsidenten *Wladimir Putin* das Menschsein abzusprechen und ihn zum krankhaften Despoten abzustempeln, mit dem man nicht mehr reden könne. Er sagte: «Wir machen im Moment sehr viel Kriegsrhetorik – aus guter gesinnungsethischer Absicht. Aber der Weg in die Hölle ist bekanntlich immer mit guten Vorsätzen gepflastert. Wir müssen den laufenden Krieg zwischen Russland und der Ukraine vom Ende her denken. Wenn wir den Dritten Weltkrieg nicht wollen, müssen wir früher oder später aus dieser militärischen Eskalationslogik raus und Verhandlungen aufnehmen.»

Harald Kujat, Generalinspekteur der Bundeswehr von 2000–2002 und Vorsitzender des Nato-Militärausschusses von 2002–2005 schrieb daraufhin: «Ich stimme Brigadegeneral Dr. Vad in jedem einzelnen Punkt zu. Der Zug der Lemminge hat sich in Bewegung gesetzt – die Politik ist auf Kriegskurs. Warum wollen so viele Politiker und Journalisten den Krieg in unser Land holen?» (*https://lnkd.in/dbJV6JiQ* vom 12.4.2022)

Polyperspektivischer Geschichtsunterricht in einer multipolaren Welt

Auftrag des Gymnasiums: «Kontroverse Fragestellungen» «von mehreren Seiten ausleuchten» und zu einem selbständigen Urteil kommen

von Tobias Salander

Gemäss den Schulgesetzen der diversen Schweizer Kantone müssen die öffentlichen Schulen politisch und konfessionell neutral sein. Gleichzeitig gehört es in der Schweiz gemäss Maturitätsanerkennungsreglement der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) zu den Bildungszielen des Gymnasiums, die geistige Offenheit und die Fähigkeit zum selbständigen Urteilen der Schülerinnen und Schüler zu fördern, wie zum Beispiel der Regierungsrat des Kantons Aargau jüngst zu Handen seiner Lehrkräfte in Erinnerung rief: «Dazu gehört zweifellos auch die Auseinandersetzung mit aktuellen, auch politischen Themen. Ziel ist es, dass sich Schülerinnen und Schüler mit solchen häufig kontroversen Fragestellungen befassen, diese von mehreren Seiten ausleuchten und lernen, ihre Ansichten mit Argumenten zu untermauern und überzeugend zu vertreten.»[1]

Wer heute als Lehrperson tätig ist, insbesondere als Lehrperson für Geschichte oder politische Bildung, sieht sich in Erfüllung der klaren gesetzlichen, den inneren Frieden fördernden Vorgaben vor einer grossen Herausforderung. Wir leben in einer Zeit voller Schreckensmeldungen aus Kriegsgebieten, man denke nur an die Situation der 24 Millionen Afghanen, die vor dem Hungertod stehen, die prekäre Situationen der Menschen im Jemen, im Kongo, in Syrien, Libyen, um nur einige zu nennen. Momentan wird alles überschattet durch Meldungen über den Krieg in der Ukraine und zu den Flüchtlingen, die in den Städten, Gemeinden und Dörfern Europas ankommen und mitmenschliche Zuwendung, Schutz und Fürsorge brauchen. Wie jeder Mensch, der als Flüchtling zu uns in die reichen Länder Europas kommt.

Polyperspektivität, um den modernen Ausdruck zu gebrauchen, ist in unseren Schulen also angesagt, heute mehr denn je. Eine eurozentrierte Engführung des Blicks auf die Welt ist passé. Jede Lehrperson, die den gesetzlichen Vorgaben nachkommt und die Schülerschaft als junge Heranwachsende ernst nimmt, wird also in ihrem Unterricht zuerst einmal, zumal im Geschichtsunterricht, das Vorwissen der ihr anvertrauten Schar junger Menschen sammeln und in Erinnerung rufen, dass man sich in Ruhe zuhört, die Meinung des Klassenkameraden respektiert, wenn man sie auch nicht immer billigt. Je multikultureller die Klasse, desto spannender, desto grösser die Chance, dass das vorliegende Problem schon in der Einstiegsphase «von mehreren Seiten ausgeleuchtet» respektive angeleuchtet wird. Sicher wird *Wladimir*, der russische Schüler, die Sicht seiner Verwandten in Russland einbringen, die wahrscheinlich von jener des ukrainischen Kollegen oder der französischen Kollegin abweicht. Oder traut Wladimir sich in der gegenwärtigen Stimmung gegen alles Russische gar nicht mehr zu äussern? Obwohl er weiss, dass der Lehrer jedem Raum gibt, sich einzubringen? Und was sagt *Pradeep* aus Indien, dessen Heimatland die Sanktionen gegen Russland anders als die Schweiz überraschenderweise nicht mitmacht? Und *Ren* aus China, dessen System er jeweils voller Nationalstolz in hellsten Farben schildert und deswegen schon oft angeeckt ist? Wie spricht man in den exiltamilischen Kreisen vom Konflikt? In buddhistischen Familien anders als in christlichen? Was sagt *Murat* aus den irakischen Kurdengebieten, der immer wieder darauf hinweist, dass sein Volk seit Jahrzehnten auf den eigenen Nationalstaat wartet, von den Türken und den Amerikanern aber hingehalten werde? Was *Amrit*, die junge Sikh-Frau, die jüngst bei der Behandlung von *Gandhi* diesen einen *Hitler* genannt hat, zur grossen Verblüffung des Lehrers? Und *Özil*, der ängstlich jede Erwähnung seines Heimatlandes vermeidet. Wohl wegen der negativen Berichterstattung über *Erdogan*? *Lisa, Rosa* und *Max* mit deutschem respektive Schweizer Hintergrund? Die beiden jungen Damen SPD- und SPS-nah und sich zur Klima-Jugend zählend? *Christoph*, Mitglied der jungen SVP, der weiterhin an der Staatsmaxime der immerwährenden, bewaffneten Neutralität festhält und sehr gewandt argumentiert und sich gewohnt ist, dass ihm die anderen oft gar nicht mehr zuhören, «weil Blocher»?

Die Positionen der aussenpolitischen Schulen der USA kennenlernen

Der Schreibende hat in bester Erinnerung, was für ein breit gefächertes Meinungsspektrum während seiner Zeit als aktiver Gymnasiallehrer etwa während des Kosovo-Krieges 1999 oder des Irak-Krieges 2003 im Klassenzimmer zusammen- und oft auch aufeinandertraf. Als Lehrer im neutralen Kleinstaat

Fortsetzung auf Seite 6

Propaganda in Schule und Unterricht

km. In Deutschland hat die Propaganda auch die Schulen und den Unterricht erreicht. Beim Thema Ukraine ist derzeit «Polyperspektivität» – so wie, zumindest theoretisch, in der Schweiz – nicht gefragt. Das zeigen die Materialien für den Gemeinschaftskundeunterricht, die sich mit dem Thema Ukraine befassen und nach dem 24. Februar 2022 in kürzester Zeit aus dem Boden gestampft wurden.

Ein Beispiel dafür ist das vierseitige und für nur eine Unterrichtsstunde gedachte Faltblatt der *Landeszentrale für politische Bildung* in Baden-Württemberg mit dem Titel «Krieg in der Ukraine – *Putins* Angriff auf den Frieden». Schon der Titel ist Propaganda. Schon seit 2014 gibt es keinen Frieden in der Ukraine. Im Osten des Landes tobt seit acht Jahren ein Krieg zwischen ukrainischer Armee und ukrainischen Milizen auf der einen und der zum grössten Teil russischstämmigen Bevölkerung auf der anderen Seite. Dieser Krieg wurde trotz *Minsker Abkommen* seit dem 16. Februar 2022 vor allem von ukrainischer Seite aus massiv ausgeweitet, wie die regelmässigen Berichte der OSZE-Beobachter vor Ort dokumentiert haben. Nach Angaben der Vereinten Nationen waren bis zum 24. Februar 2022 rund 14 000 Zivilpersonen, die meisten von ihnen in Donezk und Luhansk, ums Leben gekommen.

Propaganda ist auch die Karikatur auf der Titelseite des Faltblattes: ein Militärlastwagen mit russischen Soldaten auf dem Weg nach Kiew. Einem der Soldaten wird die Sprechblase in den Mund gelegt: «Sie sehen aus wie Menschen, aber es sind blutrünstige, hasserfüllte Monster …!» Die Karikatur legt nahe, dass die russischen Soldaten mit einem hasserfüllten Feindbild in die Ukraine eingedrungen sind … und wohl deshalb Greueltaten verüben. Dafür gibt es aber keinerlei Beleg, weder im Faltblatt, noch im sonstigen Material der *Landeszentrale für politische Bildung*.

Die zweite Seite des Faltblattes ist weitgehend sachlich gehalten. Hier geht es allgemein um «Gründe und Ursachen für Krieg» und «Formen von Krieg».

Die dritte Seite erhält erneut Elemente von Propaganda. Die Schülerinnen und Schüler sollen drei Lückentexte mit vorgegebenen Wörtern ausfüllen. «Richtig» ausgefüllt, lauten zwei Sätze: «Im Laufe der Zeit gab es Bestrebungen der Ukraine, in die *EU* und die Nato aufgenommen zu werden. Dadurch würde Putin allerdings an *Macht und Einfluss* verlieren, weshalb die *Neutralität* der Ukraine und anderen ehemaligen sowjetischen Staaten gefordert wird.» (Die Lückenfüller sind *kursiv* geschrieben.) Hier gibt die *Landeszentrale für politische Bildung* nur das wieder (und vor), was von seiten der EU- und Nato-Offiziellen behauptet wird. Russland und selbst US-amerikanische Wissenschaftler sehen das anders: Es geht nicht um «Putin» und dessen «Macht und Einfluss», sondern um Sicherheitsinteressen des Landes Russland und Frieden in Europa.

Auch die Behauptung im dritten Lückentext, dass «2014 die ukrainische Halbinsel Krim von Russland *annektiert* [im Faltblatt fett hervorgehoben] wurde», gibt nur die im Westen gängige Behauptung wieder und verschweigt, dass sich bei einer Volksabstimmung auf der Krim mit einer Beteiligung von mehr als 80 % der Stimmberechtigten mehr als 90 % für die Unabhängigkeit von der Ukraine und für eine Mitgliedschaft in der Russischen Föderation ausgesprochen haben. Die Krim wurde erst nach dieser Abstimmung in die Russische Föderation aufgenommen.

Auch der erste Satz im Schluss des Faltblattes auf Seite 4, sozusagen das Fazit – «Der Krieg in der Ukraine stellt einen Angriff auf den Frieden und die Freiheit dar» – passt mehr zu einer westlichen Politikerrede, als dass er angemessen informiert. Ohne irgendwelche Zusammenhänge werden die Schülerinnen und Schüler nochmals und erweitert – jetzt kommt noch die «Freiheit» hinzu – mit dem Titel des Faltblattes konfrontiert. Das Ziel ist offensichtlich: Arbeiten am Feindbild Russland.

Im baden-württembergischen Bildungsplan für die Gymnasien aus dem Jahr 2016 ist ganz zu Anfang zu lesen: «Das politische System Deutschlands kann nur dann nach demokratischen Prinzipien funktionieren, wenn es von politisch mündigen Bürgern getragen und gestaltet wird. Die Schülerinnen und Schüler zu demokratischem Denken und Handeln zu befähigen und zu ermutigen, ist die wichtigste Aufgabe der politischen Bildung, aber auch der Schule insgesamt.» Dem ist vollumfänglich zuzustimmen. Aber die Praxis hat sich davon entfernt.

«Polyperspektivischer …»

Fortsetzung von Seite 5

Schweiz, welcher sich damals noch jeglicher Sanktionen enthielt, deswegen aber die Bürger nicht zur Gesinnungsneutralität verpflichtete, wusste er, wie respektiert sein Land in solchen Auseinandersetzungen kriegerischer Art als Vermittler war, wie achtungsvoll von den Guten Diensten und der stillen Diplomatie, aber auch vom Wirken des erst auf diesem Grund tätig werden könnenden IKRK gesprochen wurde. Unvergessen sind ihm *Sahit* und *Blerim*, deren Verwandte sich 1999 in der Heimat einen erbitterten Waffengang lieferten, die aber ihre Freundschaft als Serbe und Kosovare weiterpflegten, vor allem über das Schulsportfach Basketball.

Nach der Sammlung des Vorwissens wird sich die Lehrperson die nächsten Schritte überlegen müssen. Beim Blick in die Medienlandschaft fällt ihr schnell auf, dass zwar viel über russische geostrategische Masterpläne, «fake news», Grössenwahn, imperiales Machtgehabe, Krieg um Ressourcen usw. usw. gesprochen wird – was aber in der europäischen Medienlandschaft, anders als in den USA, fast gänzlich fehlt, ist ein Blick auf die diversen, miteinander natürlicherweise rivalisierenden Ansätze in der US-Aussenpolitik. Ist der Lehrer schon in vorgerücktem Alter, wird er sich an die Debatte 1999 und nach 9/11 erinnern, welche seine jetzigen Schüler nicht erlebten, da noch nicht geboren. Da ging es um die Begriffe «preemptive strike», Art. 51 Uno-Charta mit dem Recht auf Selbstverteidigung, Art. 1.2 und Art. 2.1 Uno-Charta, das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die souveräne Gleichheit aller ihrer Mitglieder, ein systemischer Widerspruch der Uno-Charta, Art. 5 Nato-Vertrag, Bündnisfall, «völkerrechtswidriger Angriffskrieg». Es ging um «fake news», Kriegslügen, die zum Teil danach eingestanden wurden: von *Gerhard Schröder*, der selber den Luftkrieg gegen Serbien 1999 als völkerrechtswidrig einstufte, um *Colin Powells* später von ihm selbst eingestandene und als grösste Peinlichkeit seines Lebens bekannte Lüge, *Saddam Hussein* habe Massenvernichtungswaffen. Und früher der Vietnam-Krieg mit der Lebensbeichte des damaligen US-Verteidigungsminister *McNamara*, der sich selber als Kriegsverbrecher bezeichnete, mit 85 Jahren; kurz vor seinem Tod hatte sich das Gewissen des irischstämmigen Katholiken gemeldet …

Seit der Debatte um *George W. Bush* und seine Bush-Doktrin, um seine Berater und Kabinettsmitglieder, die sich selber neokonservativ nannten und sich um Zeitungen wie *Commentary* scharten, seit der scharfen Kritik am völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der USA gegen den Irak 2003 – so später durch den ehemaligen Uno-Generalsekretär *Kofi Annan* –, seither war es zumindest in Europa medial in Vergessenheit geraten oder als politisch inopportun erachtet worden, die diversen aussenpolitischen Schulen der USA zu thematisieren. Dabei weiss jeder, der sich mit der Aussenpolitik der USA befasst, spätestens seit 2003, und darum kommt kein Lehrer herum, der die Geschichte der letzten 30 Jahre im Unterricht thematisiert: Neben, hinter und im Schosse der beiden Parteien der Demokraten und Republikaner ringen die diversen aussenpolitischen Schulen der USA um Einfluss und Spitzenpositionen und um Durchsetzung der von ihnen als richtig erkannten Politik: genannt werden in US-Medien da nebst den bereits erwähnten Neokonservativen (u. a. *Norman Podhoretz, Paul Wolfowitz, Dick Cheney, Robert Kagan* und seine Gattin *Viktoria Nuland*) die liberalen Internationalisten (u. a. *Francis Fukujama*, die *Clintons*) und die Realisten und Neorealisten (von *Henry Kissinger* über Robert McNamara, *Paul Nitze, George F. Kennan* bis *John Mearsheimer*). Drei Gruppen, die mit ihren unterschiedlichen, teils aber auch überlappenden Ansichten Einfluss auf die Präsidentschaften eines George W. Bush, *Barack Obama* und *Donald Trump* zu nehmen versucht hatten. Und wie steht es mit *Joe Biden*? Wer sind seine Berater? Welchen Schulen gehören seine Minister und Kabinettsmitglieder an? Wohin versuchen sie den grossen Dampfer USA und ihren Kapitän zu steuern?

An «Foreign Affairs» kommt keiner vorbei, der ernstgenommen werden will

Hat sich die Lehrperson entschieden, diese Schulen gerade auch wegen ihrer unterschiedlichen Bewertungen des Ukraine-Kriegs – Stellungnahmen, die man in Europa kaum zu hören bekommt – in gebotener Kürze zu präsentieren oder von den Schülerinnen und Schülern erarbeiten zu lassen, stellt sich ihr die Frage, wie einsteigen. Wie diese Schulen möglichst neutral darstellen, wie die Schülerinnen und Schüler befähigen, sie zu unterscheiden und in Beziehung zu den heutigen Abläufen zu bringen? Es braucht Aufwand von seiten der Lehrperson, findet sie doch in den Tagesmedien kaum Artikel zum Thema. Also wird sie US-Webseiten besuchen müssen – englische Sprachkenntnisse sind ein Muss. Und sie wird schnell fündig. Alle grossen Schulen haben ihre Webseiten, deren Exponenten sind Professoren an US-Universitäten, auf *YouTube* finden sich Mitschnitte von Vorträgen inklusive Powerpointfolien und Transskripten.

Da die Lehrkraft regelmässig, aus Interesse und als Hintergrundsvorbereitung, Vorträge der Vertreter dieser Schulen über *YouTube* hört, wird sie als Einstieg in die Thematik einen Vortrag auswählen, der einen Überblick über alle Schulen gibt, und die Schüler darauf hinweisen, dass die Aussagen natürlich eingefärbt sind, man dann in der Folge aber die einzelnen Positionen mit Originaldokumenten aus der Innensicht kennenlernen werde.

Die Wahl könnte z. B. auf einen Vertreter der Neorealisten fallen, von dem auch Artikel in einer der renommiertesten Zeitschriften der US-Aussenpolitik abgedruckt werden, in *Foreign Affairs* des *Council on Foreign Relations*. So lernen die Schülerinnen auch gerade die aussenpolitische Zeitschrift schlechthin kennen, welche ihre Spalten den Vertretern aller aussenpolitischen Schulen öffnet und deswegen zur Pflichtlektüre eines Historikers und in jede bessere Schulbibliothek gehört.

Der ausgewählte Vortrag, der besagten Überblick über die aussenpolitischen Schulen gibt, trägt den Titel «The great delusion» und stammt von *John Mearsheimer*.[2]

Die Schüler erfahren, dass Mearsheimer, ehemaliger Mitarbeiter am *Council on Foreign Relations* in New York, R. Wendell Harrison Distinguished Service Professor für Politologie an der Universität Chicago ist und mehrfach preisgekrönt wurde. So ist er u. a. Träger des *James Madison Award* 2020 der *American Political Science Association*, der alle drei Jahre an einen amerikanischen Politikwissenschaftler verliehen wird, der herausragende wissenschaftliche Beiträge geleistet hat. Im Jahr 2003 wurde er in die *American Academy of Arts and Sciences* gewählt und war ein scharfer Gegner des Irak-Kriegs von 2003. Laut *Wikipedia*, die sich für einen ersten Überblick nicht schlecht eignet, ist er «Hauptvertreter einer Richtung der neorealistischen Theorie in internationalen Beziehungen, die als Offensiver Neorealismus bezeichnet wird. Nach dieser Theorie sind Staaten mit einem gegebenen Mass an Macht nicht zufrieden, sondern streben aus Sicherheitsgründen nach Hegemonie». Weswegen es nach Mearsheimer auch zu einem Schlagabtausch zwischen China und den USA kommen wird. Ein Punkt, der den chinesischen Schüler Ren sicher hellhörig machen wird.

Mearsheimer, und so liesse sich auch gerade ein aktueller Aufhänger generieren, hat sich am 1. März im «New Yorker» in einem Interview[3] zum Krieg in der Ukraine geäussert und dort wiederholt, was er schon 2014 in *Foreign Affairs* publiziert hatte.[4]

Der einige Schülerinnen und Schüler, und nicht nur sie, sicher verwirrende Titel lautete: «Why the Ukraine Crisis Is the West's Fault. The Liberal Delusions That Provoked Putin» («Warum die Ukraine-Krise der Fehler des Westens ist. Die liberalen Wahnvorstellungen, die Putin provozierten»).[5]

Widersprüche zwischen US- und europäischen Narrativen erkennen

Die Schülerinnen und Schüler bekämen den Auftrag, sich die verschiedenen Schulen zu notieren, die erwähnt werden, die Position des Referenten nachzuvollziehen, mit den Meldungen aus den Medien, die sie zu Rate ziehen, zu vergleichen, unbekannte Begriffe nachzuschlagen. Mit Hilfe des Lehrers, der Lehrerin würden die verschiedenen Punkte dann im Plenum vorgetragen, woraus sich unweigerlich eine spannende Diskussion und weiterführende Fragen ergäben. Denn Mearsheimer wie Kennan und die anderen Realisten respektive Neorealisten, anfänglich selbst Henry Kissinger, sehen die Schuld ganz beim Westen, in der Vorgeschichte, der Nato-Ost-Erweiterung, die Russland nicht erst seit *Putin* abgelehnt habe, und er betont, die USA würden umgekehrt, gestützt auf die *Monroe-Doktrin*, auch nicht dulden, dass die Russen Stützpunkte auf dem amerikanischen Doppelkontinent errichteten. Und eben: Russland hätte gewonnen werden müssen für den grossen Kampf gegen China, der unweigerlich kommen werde.

Da die meisten Schülerinnen und Schüler ohne Migrationshintergrund wohl einen eklatanten Widerspruch zwischen ihren konsultierten Medien respektive den Verlautbarungen des Leiters der *EU-Task-Force für Strategische Kommunikation*, *Lutz Güllner*, (z. B. zur Ursache des Krieges und der Rolle der Nato, vgl. «Neue Zürcher Zeitung» vom 11. März 2022, siehe auch Kästchen) und den Aussagen Mearsheimers erkennten, wäre der Denkprozess angeregt und der Unterricht liesse sich in verschiedenste Richtungen weiterentwickeln.

Das ist es, was den Geschichtsunterricht so spannend macht, den Lehrer aber immer auch sehr herausfordert, selber à jour zu bleiben und möglichst viele Medien aus der ganzen Welt zu konsultieren, um einer europazentrischen Engführung seines Blickes gegenzusteuern und den gesetzlichen Vorgaben gerecht zu werden. Dass dies auch zeitlich ein grosser Aufwand ist, versteht sich von selbst, aber schliesslich sind die Saläre von Gymnasiallehrpersonen ja auch gut bemessen. Und günstigerweise verfügt die Lehrperson auch über Neugier, einen wachen Forschergeist und ein breitgefächertes Beziehungsnetz im In- und Ausland, welches auch gepflegt sein will. Und es kann schon hilfreich sein, wenn er beim nächsten Handwerkertermin die oft aus dem Ausland stammenden Fachkräfte fragt, wie sie die Weltlage einschätzen. Was da zurückkommt, ist reichhaltig und ergänzt in idealer Weise die eigene Perspektive auf die Welt.

Nun könnte der Unterricht wie folgt weitergeführt werden: Die von Mearsheimer zitierten Exponenten der anderen Schulen könnten ebenfalls mit Artikeln und Vorträgen auf *YouTube* begutachtet werden, immer aus ihrer In-

Fortsetzung auf Seite 8

«Task-Force für strategische Kommunikation» der EU versus John Mearsheimer und andere

ts. Die EU hält sich seit 2015 eine «Task-Force für Strategische Kommunikation» (vgl. *https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/A-8-2016-0290_DE.html*).

Deren Leiter *Lutz Güllner* wacht im gegenwärtigen Ukraine-Konflikt über allfällige Falschmeldungen und Propaganda von seiten Russlands. In einem Interview mit der «Neuen Zürcher Zeitung» vom 11. März nennt er als eine der prominenten Falschmeldungen, über die seine Behörde aufkläre, jene über Ursache und Wirkung des Krieges. Güllner: «Hier werden der Westen und die Nato als eigentliche Aggressoren dargestellt.» Spannend wäre es gewesen, wenn der Interviewer Güllner mit den Aussagen von US-Politologen wie dem Madison-Preisträger und ehemaligen Mitarbeiter am *Council on Foreign Relations* in New York *John Mearsheimer* konfrontiert hätte, wonach eben genau der Westen und die Nato schuld seien am Krieg, weil sie die Nato-Ost-Erweiterung forciert hätten. Der Politologe Mearsheimer von der Universität Chicago gehört der neorealistischen aussenpolitischen Denkschule in den USA an. Er war gegen den Irak-Krieg von 2003 und sieht die wahre Gefahr für die USA in China – dazu brauche man Russland als Partner und sei gut beraten, die Ukraine zu neutralisieren. Gerne hätte man von Lutz Güllner erfahren, wie er den US-Patrioten Mearsheimer und seine Aussagen einordnet. Als russische Propaganda, die es zu zensurieren gilt?

«Mama, was ist eigentlich Krieg?»

Antworten finden auf anspruchsvolle Fragen

von Dr. Eliane Perret, Psychologin und Heilpädagogin

Der Krieg ist uns näher gerückt. Es hat ihn schon lange gegeben: in Afghanistan, im Kongo, im Jemen, in Syrien, im Irak und an anderen Orten. Aber diese Kriege waren weit weg. Sind sie deswegen in unserem Bewusstsein so wenig präsent? Auch im Donbass hatte der Krieg gegen die russischstämmige Bevölkerung schon vor Jahren begonnen – auch das war vielen kaum bekannt. Aktuell ist das Geschehen in der Ukraine in den Medien präsent. Selbstverständlich beschäftigt das auch unsere Kinder und Jugendlichen. Sie sehen Schlagzeilen und Bilder und schauen sich auf YouTube und Tiktok kleine Filmchen an. Sie spüren die angespannte Stimmung der Erwachsenen. Einmal mehr kommen Kinder aus einem fremden Land in ihre Klasse. Und nun? Im besten Fall wenden sie sich mit den auftauchenden Fragen an ihre Eltern oder andere Vertrauenspersonen. Und dann sind diese gefordert, sich selbst Klarheit zu verschaffen, so dass die Kinder nicht in Ängsten und Unsicherheit erstarren, sondern ihr Herz mutig bleibt.

Sich selbst Klarheit verschaffen

Wenn wir mit ihnen über diese Fragen sprechen möchten, müssen wir nicht nur unseren eigenen Wissensstand durchleuchten, sondern auch unsere eigene Gefühlslage klären. Die täglich auf uns einprasselnden Medienmeldungen sind selbst für Erwachsene nicht einfach zu verarbeiten. Oft ist es schwer zu überprüfen, was daran sachliche Information ist und welche Meldungen so aufbereitet sind, dass sie Emotionen hochkochen und die Meinung und Stimmung der Menschen in eine bestimmte Richtung lenken sollen, wie es in Kriegszeiten leider üblich ist. Diese psychischen Prozesse sind heute integraler Bestandteil der Kriegsführung. Sich Zeit zu nehmen, um verschiedene Quellen zu studieren, lohnt sich, im Wissen darum, dass Desinformation in Kriegszeiten leider üblich ist. Und geradezu spannend ist es, beim Lesen von Meldungen die «Regeln der Kriegspropaganda» als inneren Massstab dabei zu haben, wie sie *Anton Ponsonby* und *Anne Morelli* formuliert haben (siehe *Zeit-Fragen* Nr. 7 vom 22. März 2022). Das klärt die Gedanken, lichtet den Gedankennebel und gibt jene innere Stärke, die gerade in solch belastenden Zeiten wichtig ist und Mut gibt dranzubleiben. Oder wie *Friedrich Nietzsche* sagte: «Im Gebirge der Wahrheit kletterst du nie umsonst: Entweder du kommst schon heute weiter hinauf oder übst deine Kräfte, um morgen höher steigen zu können.»

Vom Faktencheck zum eigenen Standpunkt

Während der «Faktencheck» bei genügend Ausdauer und Neugier zu Erfolg führen und das Interesse an der Auseinandersetzung wecken kann, ist es oft schwieriger, im Gespräch mit den Mitmenschen einen eigenen Standpunkt zu vertreten. Auch für Erwachsene! Damit rechnet die Propaganda, denn es ist ein natürliches Bedürfnis, mit den Mitmenschen in Übereinstimmung zu sein; speziell auch in Beziehungen, die einem wichtig sind. So ist es nicht so einfach, innerlich stehenzubleiben, wenn einem der Wind der veröffentlichten Meinung entgegen bläst. Nur zu oft beginnt man innerlich unmerklich in feinen Schritten die eigene Meinung zurechtzurücken, bis der Widerspruch verschwunden ist. Das zu reflektieren ist wichtig, bevor man sich auf das Gespräch mit Kindern einlässt; gerade in Zeiten, in denen Kriegspropaganda die Wahrheit niederzuwalzen versucht.

Krieg ist keine Fantasy-Story oder ein Computergame

Kinder und Jugendliche haben viele Fragen, Beobachtungen und oft auch Befürchtungen, denn Krieg ist verbunden mit Gewalt, Tod, Vergewaltigung, Zerstörung, Trauer und Verzweiflung. Das kann ein Gefühl des Ausgeliefertseins und der Hoffnungslosigkeit auslösen. Vielleicht beginnen manche Kinder auch zu realisieren, dass Krieg kein Game ist, bei dem die Toten wieder auferstehen und von vorne beginnen können, und dass die Realität etwas anderes ist als Fantasy-Storys mit Happy-End. Sie sind konfrontiert mit verstörenden Bildern, die Ängste wecken können. Die meisten von ihnen merken, dass etwas passiert, was die Erwachsenen in Sorge versetzt und ängstigt. Sie nehmen auch die Stimmung der Erwachsenen wahr und spüren, dass diese in Sorge sind. Sie schnappen Gesprächsfetzen auf oder merken, dass die Eltern plötzlich verstummen. «Die plötzliche Stille meiner Eltern, die jedes Mal eintrat, wenn ich ins Zimmer kam. Das war eine Stille, die schwer in der Luft lag. Eine Stille, die mehr wog als ein Rucksack voll Steine», beschreibt *Alice* die familiäre Stimmung, als der Erste Weltkrieg in ihre Familie eindrang.[1] Das kann bei Kindern Ängste wekken, denen wir keinen Raum geben dürfen. Wie wir aber mit ihnen sprechen, ist je nach Kind und Alter verschieden – es gibt kein Rezept! Zum Kind passend zu sprechen heisst, seinen jeweiligen Entwicklungsstand zu berücksichtigen: Welche Informationen kann mein Kind überhaupt schon verstehen? Über welches Vorwissen verfügt es, und wie komplex darf das Gesagte sein? Das ist leichter gesagt als getan. Auch da ist der Erwachsene gefordert, im Gespräch feinfühlig einen Weg zu finden – in enger gefühlsmässiger Verbundenheit mit dem Kind oder Jugendlichen.

Ehrlich sein und keinen Platz für Phantasien lassen

Kinder haben Fragen, auf die sie eine ehrliche Antwort erwarten. Wir dürfen sie nicht ihren Phantasien überlassen. Selbstverständlich muss unsere Erklärung dem Alter und dem Entwicklungsstand des Kindes angepasst sein. Für *Tanja*, ein Kindergartenkind, mag es angemessen sein, das Kriegsgeschehen mit einem Streit zu vergleichen. Das ist ihr aus dem Zusammenleben mit ihren Spielkameraden vertraut, und sie kann einen gefühlsmässigen Bezug herstellen. Sicher hat sie selbst schon erlebt, dass es zu Streit kommt, wenn sich nicht alle an gemeinsame Regeln halten oder wenn ein Kind stets bestimmen will, was die anderen tun müssen. Tanja wird es auch einleuchten, dass man dann zusammensitzen und gemeinsam eine Lösung finden muss, in der alle gleichwertig zum Zuge kommen. Eine solche Antwort genügt natürlich einem schon etwas älteren Schulkind nicht mehr. So sitzt *Roman* vor dem Kinderatlas und sucht Russland und die Ukraine. Er will vielleicht genauer wissen, was dort wohl passiert. Er will auch wissen, warum es zum Krieg oder zur Katastrophe gekommen ist und was man jetzt tun wird. Ihm leuchtet durchaus ein, dass man das Geschehen in einen grösseren Zusammenhang stellen und wissen muss, was sich in dieser Gegend vorher ereignet hat, und er ist froh, dass sich nun viele Menschen und Länder darum bemühen, eine Lösung zu finden. Aber auch für Roman ist es wichtig, dass er einen Bezug zu seinem eigenen Leben herstellen kann. Hatte er nicht am Vortag in der Schule seinem Banknachbarn den Bleistift weggenommen und war empört gewesen, als die Lehrerin mit ihm schimpfte? Sie hatte ihm nämlich nicht zugehört, als er ihr erzählen wollte, dass sein Nachbar immer wieder ungefragt seine Filzstifte «ausleiht», obwohl er das nicht will. Das fand er sehr ungerecht. Auch dieser Vorgang hatte also eine Vorgeschichte und das versteht er. Nun nimmt er sich vor, nochmals mit der Lehrerin zu sprechen. Diese Antworten bilden natürlich die Komplexität eines Kriegsgeschehens nicht ab, doch sie werden von den Kindern auch gefühlsmässig verstanden. – Jugendliche hingegen verlangen Fakten, sie wollen es genau wissen und lassen sich gerne darauf ein, die grösseren Zusammenhänge zu erforschen. Dabei geht es nicht einfach um Wissenserwerb, sondern sie wollen etwas in die Hand bekommen, um in einer belastenden Situation aktiv zu bleiben. Das gibt ihnen Sicherheit, und sie fühlen sich den von allen Seiten hereinprasselnden Meldungen nicht mehr so leicht ausgeliefert. Im Gespräch mit ihrem erwachsenen Gegenüber jemanden erlebt zu haben, der sich offen und ehrlich mit ihnen auseinandersetzt, bestärkt sie in ihrem Wunsch, aktiv am Weltgeschehen teilzunehmen. Für uns Erwachsene geht es also immer darum, die Kinder und Jugendlichen zu unterstützen, damit sie in schwierigen Lebenssituationen Zuversicht und Hoffnung behalten und nach Lösungen suchen.

Abschreckung führt in die Irre

Die Frage, wie man mit Kindern über so schwierige Fragen wie den Krieg sprechen kann, hat die Menschen schon immer beschäftigt. So kann die Friedenserziehung auf lange Erfahrungen zurückblicken. Versuche, bei der heranwachsenden Generation eine Abscheu gegenüber dem Krieg zu erzeugen und den Wunsch nach Frieden zu wecken, indem man sie durch Ausstellungen führte mit Bildern, welche die Greuel des Krieges zeigten, bewirkten das Gegenteil. Die damit konfrontierten Kinder entwickelten entweder Ängste, Nervosität oder Unsicherheit, oder sie bildeten eine Gewöhnung an Gewalt und gefühlsmässige Abstumpfung aus. Studien aus der Entwicklungspsychologie erforschten auch die dafür verantwortlichen Gründe. Die Konfrontation mit den Greueln und Grausamkeiten, wie sie leider zu einem Krieg gehören, untergraben das Grundvertrauen eines Kindes in seine Mitmenschen, in das menschliche Zusammenleben überhaupt. Damit wird ihm eine wichtige Grundlage für eine gesunde Persönlichkeitsentwicklung entzogen. Kinder brauchen Erwachsene, die ihnen gerade in schwierigen Zeiten als Vorbilder den Weg des Friedens vorleben und ihnen den notwendigen Schutz geben, damit ihre seelische Entwicklung nicht leidet (vgl. *Zeit-Fragen* Nr. 21 vom 21. September 2021).

Keine Feindbilder erzeugen – ein friedliches Zusammenleben fördern

Die eigene Auseinandersetzung mit dem aktuellen Weltgeschehen wird uns davor schützen, leichtfertige Erklärungen und Schuldige zu finden. Denn gerade das Gespräch mit den Kindern verlangt von uns, in die Zukunft zu denken. Wir dürfen diese komplexen Abläufe, die zu einem Krieg oder einer Katastrophe geführt haben, nicht auf Pauschalurteile über bestimmte Länder und gewisse Personen reduzieren. So erzeugte gefühlsmässig verankerte Feindbilder erschweren das Zusammenleben der Menschen. Feindbilder sind keine Unterstützung für unsere heranwachsende Generation, denn sie wird weiter daran arbeiten müssen, dass die Welt gerechter und friedlicher wird. Unseren Kindern und Jugendlichen die Hoffnung und Zuversicht darauf zu geben, sind wir ihnen schuldig, denn:

«Wo Hoffnung ist, da ist Leben. Es erfüllt uns mit neuem Mut und macht uns wieder stark.» (*Anne Frank*) •

[1] Vereecken, Kathleen. *Alles wird gut, immer.* Gerstenberg-Verlag 2021

LESER BRIEF

Hoffnung auf die jungen Menschen

Die Frage, was für den Frieden getan wird, ist so wichtig. Mich beunruhigt, dass nicht mehr von der Diplomatie in der Öffentlichkeit gesprochen wird, nur noch von den Forderungen an unsere Regierung, der Ukraine beizustehen. Es wird der Eindruck verbreitet, die ukrainische Regierung dränge auf Waffenlieferungen und unser Parlament verweigere ihnen diese so notwendige Hilfe. Wir (das Volk) müssten unbedingt unser Parlament davon überzeugen, dass Waffenlieferungen jetzt getätigt werden müssen. Für mich sind diese Meldungen immer schwerer aushaltbar. Was für ein Idiotismus wird hier verbreitet. Waffenlieferungen bringen doch nur eine Gewaltspirale in Gang. Das haben wir doch in all den Kriegen seit dem Kosovo-Konflikt gesehen.

Gleich zu Anfang des Krieges kamen die Aussagen, wir würden über Lettland ehemalige NVA-Bestände an die Ukraine liefern. Wird jetzt in der Ukraine Waffenschrott abgesetzt? Und bei all dem keine Meldungen über Diplomaten, die sich um Verhandlungskriterien kümmern. Nur in *Zeit-Fragen* habe ich von *Otto Schilys* Vorschlag gelesen, die Ukraine zur Neutralität zu bewegen, was Abrüstung bedeuten würde.

Es gibt auch keine Meldungen mehr zur Friedensbewegung. Man soll jetzt auf die Strasse gehen und für die Ukraine demonstrieren. Frieden kann man doch nur mit allen, die an den Spannungen beteiligt sind, herstellen. Es gibt keinen Frieden gegen Russland, nur mit Russland. All die Probleme, die vor dem Krieg da waren, die den Krieg verursacht haben, müssen kommuniziert und nicht, wie es jetzt geschieht, vom Tisch gewischt werden.

Ich hoffe, dass zu Ostern überall in Europa Ostermärsche nach traditionellem Vorbild durchgeführt werden.

Ich bin Geschichts- und Politiklehrerin, aber auch Kunstlehrerin an einem beruflichen Gymnasium. Eine Stoffeinheit im Fach Geschichte/Gemeinschaftskunde im Lehrplan Sachsens ist den internationalen Konflikten gewidmet. Ich habe deshalb schon viele Konflikte mit meinen Schülern behandelt. Mein Grundprinzip dabei ist, den Schülern zu verdeutlichen, dass Konflikte Ursachen haben. Sie zu analysieren ist wichtig, um den Konflikt zu verstehen. Ein weiteres Prinzip ist, dass man nicht von religiösen Konflikten sprechen kann, die Religionen sind zum Verschleiern der Ursachen wunderbar brauchbar. Und noch ein Prinzip ist wichtig: nicht nur auf die Medien hier vertrauen, sondern mehrere Quellen hinzuziehen. Ich versuche, den Schülern auf verschiedene Art immer wieder zu verdeutlichen, was Krieg bedeutet, welche Langzeitfolgen Kriege haben, mehrere Generationen werden dadurch verwundet.

Dieses Schuljahr hatte ich schon aufgeatmet, als der Krieg in Afghanistan beendet wurde. Wie das geschah, war schlimm, aber es war ein Ende, und nun ist der nächste Krieg da. Ich bin davon überzeugt, dass Friedenserziehung an die Schulen gehört, aber diese Auffassung kollidiert mit dem System des Kapitalismus, der auf Konkurrenz fusst. Ich habe meinen Schülern zum Abschluss dieser Stoffeinheit gesagt, dass ich viel Hoffnung auf sie setze, auf die jungen Menschen, die seit einiger Zeit angetreten sind, die Welt zu verändern. Wir müssen doch begreifen, dass wir nur eine Erde haben. Kriege führen nur dazu, dass noch mehr zerstört wird, was lebenswert ist. Ich halte dabei auch die Kunst für wesentlich. Sie stärkt das Miteinander über Grenzen hinweg. Sie zeigt immer wieder in unterschiedlichsten Arten, was Menschen Kreatives hervorbringen können, gestalten – nicht zerstören, formen statt kaputt machen.

Barbara Patzig, Dresden

Zeit-Fragen
Zeitung für freie Meinungsbildung,
Ethik und Verantwortung
für die Bekräftigung und Einhaltung
des Völkerrechts, der Menschenrechte
und des Humanitären Völkerrechts
Herausgeber: Genossenschaft *Zeit-Fragen*
Chefredaktion: Erika Vögeli
Redaktion und Inserate:
Zeit-Fragen, Postfach 247
CH-9602 Bazenheid
E-Mail: redaktion@zeit-fragen.ch
abo@zeit-fragen.ch
Internet: www.zeit-fragen.ch
Druck: Druckerei Nüssli, Mellingen AG
Jahresabonnement: Fr. 168.–/ Euro 108.–
Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn vor Ablauf keine Kündigung erfolgt.
CH: Postcheck-Konto Nr. 87-644472-4
D: VR Bank Tübingen eG, BIC GENODES1STW
IBAN DE18 6406 1854 0067 5170 05
A: Raiffeisen Landesbank, BIC RVVGAT2B
IBAN AT55 3700 0001 0571 3599
Die Redaktion freut sich über Zuschriften von Lesern. Sie behält sich aber vor, gegebenenfalls Texte zu kürzen.
© 2022 für alle Texte und Bilder bei der Genossenschaft Zeit-Fragen. Abdruck von Bildern, ganzen Texten oder grösseren Auszügen nur mit Erlaubnis des Verlages oder der Redaktion, von Auszügen oder Zitaten nur mit ausdrücklicher Kennzeichnung der Quelle Zeit-Fragen, Bazenheid.

Erscheint demnächst:
Maas, Rüdiger/Perret, Eliane. *Wie ich mit Kindern über Krieg und andere Katastrophen spreche.* Brainbook-Verlag

Nein zur Widerspruchsregelung am 15. Mai 2022!

Nein zum geänderten Transplantationsgesetz

*Stellungnahme der Hippokratischen Gesellschaft Schweiz**

Die Hippokratische Gesellschaft Schweiz setzt sich für eine vertrauenswürdige Transplantationsmedizin ein. Vertrauenswürdig kann Transplantationsmedizin nur dann sein, wenn die Organspende unverändert eine Spende bleibt. Denn der Begriff der «Spende» beinhaltet seine Freiwilligkeit, die in der persönlichen Entscheidung jedes Spenders liegt.

Die Bereitschaft, Organe zu spenden, kann entweder durch einen Organspendeausweis festgehalten werden, oder der mutmassliche Wille hierzu ist den engsten Angehörigen bekannt und sie stimmen am Ende des Lebens einer Organspende zu. Diese Freiwilligkeit ist durch die heute gültige erweiterte Einwilligungs- und Zustimmungslösung gewährleistet.

Am 15. Mai 2022 stimmt die Schweizer Bevölkerung über eine grundsätzliche Änderung des Transplantationsgesetzes im Sinne einer «erweiterten Widerspruchslösung» ab. Mit einem «Ja» dürften allen Personen am Lebensende Organe entnommen werden, sofern sie nicht zu Lebzeiten ausdrücklich der Organspende widersprochen haben oder ihre Angehörigen dies zum Todeszeitpunkt nicht tun. Die Widerspruchslösung führt somit eine eigentliche Organspende-Pflicht ein.

Einem derartigen Paradigmenwechsel, durch den der Staat die körperliche Unversehrtheit nicht mehr in jedem Fall schützen würde, muss mit einem Nein Einhalt geboten werden.

Bei der Volksabstimmung geht es nicht um ein Pro oder Kontra zur Organspende, sondern um die Entscheidung, ob davon ausgegangen werden darf, dass Menschen, die nicht explizit nein zu einer Organspende gesagt haben, ihre Organe entnommen werden dürfen.

Es ist unbestritten, dass eine Erhöhung der Spenderzahl wünschenswert ist. Die Widerspruchsregelung aber ist ein inakzeptables Mittel, weil sie medizinethische und verfassungsrechtliche Grundsätze verletzt.

Denn: Der Zweck heiligt nicht jedes Mittel!

Schweigen bedeutet nicht Zustimmung

Zu jedem medizinischen Eingriff braucht es eine gute Aufklärung durch den behandelnden Arzt, eine bewusste, selbstbestimmte und unabhängige Zustimmung und eine dokumentierte Einverständniserklärung (*Informed Consent*). Es ist inakzeptabel, dass das bei der Organspende, die eine tiefgreifende Entscheidung am Lebensende darstellt, nicht mehr gelten soll. Die Annahme einer stillschweigenden Zustimmung reicht nicht aus. Vielmehr braucht es einen vorangehenden bewussten Entscheid, eingebettet in ein vertrauenswürdiges Arzt-Patienten-Verhältnis. Eine Organspende ist dann ethisch vertretbar, wenn die betroffene Person hierfür aktiv zu Lebzeiten ihre dezidierte wohlüberlegte Zustimmung gegeben hat.

Menschenrecht auf körperliche Unversehrtheit muss uneingeschränkt gelten

Es darf nicht sein, dass das Menschenrecht auf Unversehrtheit des Körpers nur noch gilt, wenn es eingefordert wird!

Der Art. 10 Abs. 2 der Bundesverfassung garantiert jedem Menschen das Recht auf körperliche und geistige Unversehrtheit und auf Selbstbestimmung. Dieser Schutz gilt ganz besonders auch in höchst verletzlichen Situationen wie dem Sterbeprozess. Gemäss der Präambel der Bundesverfassung «misst sich die Stärke des Volkes am Wohl der Schwachen».

Bei der Widerspruchsregelung hingegen müsste neu das Recht auf Unversehrtheit des Körpers dezidiert eingefordert werden. Die Unwissenheit vieler Bürger zu dieser neuen Regelung und über die Möglichkeit des Widerspruchs würde einen unverhältnismässig grossen Aufwand an Aufklärung erfordern, um sicherzustellen, dass die Bevölkerung korrekt informiert ist. Es ist zu befürchten, dass Teile der Bevölkerung, insbesondere solche, zu denen der soziale, kulturelle und sprachliche Zugang eingeschränkt ist, effektiv nicht erreichbar sind und von der neuen Regelung quasi «übertölpelt» werden.

So besteht die Gefahr, dass Organe automatisch bei Menschen entnommen werden könnten, die sich über diese neue Situation gar nicht im klaren waren. Es bleibt Aufgabe des Staates, die Bürger zu schützen und ihre Menschenrechte zu garantieren.

Nein zum Druck auf die Angehörigen!

Wenn sich eine betroffene Person zu Lebzeiten nicht zur Frage der Organspende geäussert hat, werden die Angehörigen zum mutmasslichen Willen im Sterbeprozess befragt. Neu würden sie nicht nach der vermuteten Zustimmung gefragt, sondern ob ein Widerspruch des möglichen Spenders bekannt ist. Dabei würde von ihnen erwartet, dass sie glaubhaft machen können, dass die verstorbene Person mutmasslich eine Organspende abgelehnt hätte. Durch die Widerspruchslösung wird neu die Organspende zum Regelfall erklärt, was den Druck auf die Angehörigen erhöht, einer Spende zuzustimmen. Sie müssten sich unter Umständen rechtfertigen, Begründungen liefern und der vorgesehenen Organentnahme aktiv entgegentreten. Dadurch besteht die Gefahr, dass sie sich nicht mehr gemäss dem mutmasslichen Willen des Angehörigen entscheiden würden. So könnte eine Ablehnung einer Organspende den Angehörigen als «unsolidarisches Verhalten» angelastet werden. Dabei sollte eine Organspende im Einvernehmen mit allen Beteiligten stattfinden, verbunden und mit dem guten Gefühl, dadurch einem Menschen zum Weiterleben zu verhelfen.

Nein zur Ausbeutung der sozial Schwächsten!

Es ist unrealistisch, dass mehr als 7 Millionen erwachsene Bürger der Schweiz lückenlos darüber informiert werden können, dass sie widersprechen und sich in ein Register eintragen müssen, wenn sie ihre Organe nicht spenden wollen. Die Widerspruchsregelung könnte dazu führen, dass Personen (vor allem aus bildungsfernen, sozial schwachen Schichten) gegen ihren Willen Organe entnommen würden, weil sie zu Lebzeiten nicht wussten, dass sie hätten widersprechen müssen. Gerade diese sozial Schwächsten brauchen den Schutz des Rechtsstaats.

Führt nicht zu mehr Spenden

Es stimmt nicht, dass die Widerspruchsregelung der Grund für eine höhere Spenderate in anderen Ländern ist. Gemäss mehrerer Studien hat die Widerspruchsregelung nicht zu signifikant mehr Spenden geführt.

Aber selbst wenn es so wäre: Der Systemwechsel wäre ein Verstoss gegen das Grundrecht auf die körperliche Unversehrtheit.

Selbstaufgabe der staatlichen Schutzpflicht

Aus staatsrechtlicher Sicht stellt die erweiterte Widerspruchsregelung einen Paradigmenwechsel in der Schutzpflicht des Staats gegenüber seinen Bürgern dar. Der Schutz der körperlichen und seelischen Integrität seiner Bürger ist nicht mehr sicher gewährleistet. Dies stellt einen Eingriff in staatsrechtlich gesicherte Grundrechte (Art. 10 Abs. 2) dar. Eine derartige Schwächung gesicherter Grundrechte kann das Vertrauen in den Rechtsstaat unterhöhlen.

Erklärungsmodell als diskussionswürdige Alternative

Die nationale Ethikkommission lehnt die Widerspruchsregelung ab. Sie empfiehlt ein Erklärungsmodell, d. h., Bürger werden regelmässig zum Thema der Organspende informiert und befragt mit dem Ziel, diese zu einer bewussten und eigenverantwortlichen Entscheidung zu motivieren. Dazu gehört auch das Recht, diese Frage nicht beantworten zu wollen oder zu können. Dieses Vorgehen könnte die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit der komplexen Frage der Organspende verbessern. •

Zur weiteren Vertiefung:

Dres. med. Ursula und Walter Knirsch «Erweiterte Zustimmungsregelung versus erweiterte Widerspruchsregelung – worum geht es eigentlich?» In: *Zeit-Fragen* Nr. 28/29, 2021

Fontana, Katharina. «I schänke dr mis Härz», In: *Neue Zürcher Zeitung* vom 2.4.2022

Übersichtsartikel mit Vertretern des Referendumkomitees u. a. in *Aargauer Zeitung* vom 1.4.2022

Stellungnahme Rat der Evangelisch-reformierten Kirchen Schweiz: *https://refbl.ch/refbl-wAssets/Aktuelles/news/2022/EKS_10-Fragen-10-Antworten_Organspende.pdf*

Homepage des Referendumkomitees: *https://organspende-nur-mit-zustimmung.ch/*

* *Hippokratische Gesellschaft Schweiz*, Wingertweg 3, CH-7215 Fanas, Tel. +41 55 280 59 11; *www.hippokrates.ch hgs.ch@gmx.ch*

«Polyperspektivischer …»

Fortsetzung von Seite 6

nensicht. So wäre etwa zu klären, was unter «Bush-Doktrin» zu verstehen sei, wer die Neokonservativen sind, und wer die liberalen Internationalisten. Die Schüler würden staunen, dass die US-Aussenpolitik zwar parteipolitisch differiert, aber die Anzahl der Meinungen und Schulen vielfältiger ist und zum Teil gar parteiübergreifend. Sicher würde dann die Frage auftauchen, was Francis Fukujama mit seinem Diktum des «Endes der Geschichte» gemeint hatte, warum der Kalte Krieg endete, was mit der Sowjetunion geschah, wie die neunziger Jahre in Russland sich anfühlten. Was die Sowjets, dann die USA in Afghanistan zu suchen hatten, wie die Aussage des US-Generals *Wesley Clark* zu verstehen war, dass schon 2003 im Pentagon mehrere Kriege geplant gewesen seien gegen Libyen, Syrien, Jemen, den Iran usw. Sicher würde man auch den Begriff der Verschwörungstheorie streifen und untersuchen, wer diesen Begriff wann in den politischen Diskurs einbrachte und was diese von realen Verschwörungen in der Geschichte unterscheidet.

Unterscheiden zwischen Anlass und Ursachen eines Krieges – eine Anfängerübung

Und das alles bei zwei Lektionen Geschichte in der Woche? Wie soll eine Lehrerin da auswählen, wo die Schwerpunkte setzen? Sie wird es, unter Berücksichtigung der gesetzlichen Vorgaben der Neutralität und der Polyperspektivität und des Lehrplans mit den Schülern gemeinsam entwickeln.

Die Schüler aller gymnasialen Stufen haben in der Oberstufe der Volksschule bereits gelernt, dass jeder Krieg einen Anlass und eine Ursache habe. Der Schuss von Sarajewo als unmittelbarer Anlass, der aber nicht zu verstehen wäre, wenn nicht die Ursachen untersucht würden, hier die imperialistische Politik der damaligen Grossmächte und deren Bündnisgeflechte. Soziale, wirtschaftliche, finanzpolitische und rüstungspolitische Aspekte wurden je nach Lehrperson eventuell auch schon einbezogen. Und auch, was Kriegs-Propaganda in den Menschen auslöst.[6]

Da die Medien voll sind mit Artikeln über die Tatsache, dass das erste Opfer des Krieges immer die Wahrheit ist, da CIA-Experten über die Bedeutung der Medienkriegsführung interviewt werden (vgl. etwa «Tages Anzeiger» vom 14. März), wäre hier bereits Stoff für weitere Lektionen gegeben, günstigerweise in Zusammenarbeit mit Medienkunde- und Deutschlehrkräften. Aber auch die Fremdsprachenlehrer könnten einbezogen werden, heute auch Lehrkräfte für Arabisch, Russisch und Chinesisch, Sprachen, die seit neustem ja jedes Gymnasium, welches etwas auf sich hält, im Freifachprogramm anbietet. Auch Filme liessen sich visionieren, wie z. B. jener des dreifachen Oscar-Preisträgers *Oliver Stone,* «Ukraine under fire», und bei oberen Klassen könnte eine Fragestellung mit auf den Weg gegeben werden: Handelt es sich um «stiefelleckende Propaganda» (Kommentar in der Zeitschrift *Daily Beast*) oder Aufklärung unter Einbezug von Zeitzeugen? Die Schülerinnen wären gehalten, Argumente pro und contra zu sammeln. Und wenn sie dabei auch noch etwas über den grossen investigativen US-Journalisten *Robert Parry* erfahren, der den Iran-Contra-Skandal aufdeckte, um so besser.

Wenn es um die Frage nach Neonazis in der Ukraine geht, Stichwort Asow-Regiment (vgl. «Tages Anzeiger» vom 12. März), so wäre es sicher spannend, israelische Stimmen zu sammeln. Günstigerweise hat die Geschichtslehrkraft auch die eine oder andere israelische Zeitung wie «Haaretz» oder «Jerusalem Post» abonniert, die auch über englische Ausgaben verfügen. Die Schüler werden Einblick in das spannende Verhältnis Israels zu den USA und Russland erhalten, und unweigerlich werden Fragen nach der Geschichte des Nahen Ostens auftauchen – und die nächsten Lektionenreihen sind schon vorgespurt. Wer sich nun denkt, dass die zwölf Wochen unterrichtsfreie Zeit von Lehrpersonen sicher für Geschichtslehrkräfte gerechtfertigt sind, angesichts des immensen Lesepensums, das von ihnen erwartet wird, liegt sicher nicht falsch. Horribile dictu, wenn eine Lehrkraft nur gerade die einheimischen Medienprodukte zu Rate zöge!

… und bin so klug als wie zuvor?

Was aber, wenn sich die Schülerinnen und Schüler am Ende der Lektionenreihe sagen müssten, so wie im Deutsch-Unterricht bei *Goethes* «Faust» gelesen: «Da steh ich nun, ich armer Tor, und bin so klug als wie zuvor»? Nun ja, wäre das so schlimm? Ist nicht eine Geschichtsstunde dann gelungen, wenn man mit mehr Fragen an die Geschichte als zuvor nach Hause geht?

Es ist schon viel gewonnen, wenn die Jugendlichen danach das Gewirr im Mediendschungel bewusster verfolgen können und sich langsam beginnen, eine eigene Meinung zu bilden – wie die sich dann präsentiert, ist ja jedem freigestellt. Wenn die Schüler die Lernziele «Einblick in den US-aussenpolitischen Diskurs», «Medien und ihre Blickwinkel», «EU-Task-Force für strategische Kommunikation», «Kriege im Atomwaffenzeitalter» usw. nur annähernd erfüllt sehen, ist schon viel gemacht und der Forderung des Gesetzgebers, verschiedene Perspektiven kennenzulernen, genüge getan. Wenn sie später in ihren Berufen, der Familie und als Mitbürger dazu beitragen können, die Welt friedlicher zu gestalten, jenseits von Ideologien und Propaganda, kann sich jeder Pädagoge, dem der Weltfrieden am Herzen liegt, nur glücklich schätzen. •

[1] zit. nach *https://www.watson.ch/!533754759?utm_medium=social-user&utm_source=social_app*

[2] *https://www.youtube.com/watch?v=nZVIaXFN2lU*, das Buch dazu: John Mearsheimer. *The Great Delusion: Liberal Dreams and International Realities* (Henry L. Stimson Lectures) Yale University Press 2018.

[3] *https://www.newyorker.com/news/q-and-a/why-john-mearsheimer-blames-the-us-for-the-crisis-in-ukraine*

[4] *https://www.foreignaffairs.com/articles/russia-fsu/2014-08-18/why-ukraine-crisis-west-s-fault*

[5] Und der Vortrag dazu: *Why is Ukraine the West's Fault?* Featuring John Mearsheimer.University of Chicago. *https://www.youtube.com/watch?v=JrMiSQAGOS4*

[6] vgl. Forster, Peter. *Aber wahr muss es sein: Information als Waffe*. Huber, Frauenfeld 1998. ISBN 3-7193-1154-6; Becker, Jörg; Beham, Mira. *Operation Balkan: Werbung für Krieg und Tod*. Nomos-Verlag 2008; Müller-Ullrich , Burkhard: *Medienmärchen. Gesinnungstäter im Journalismus.* Blessing, München 1996, ISBN 3-442-75532-8